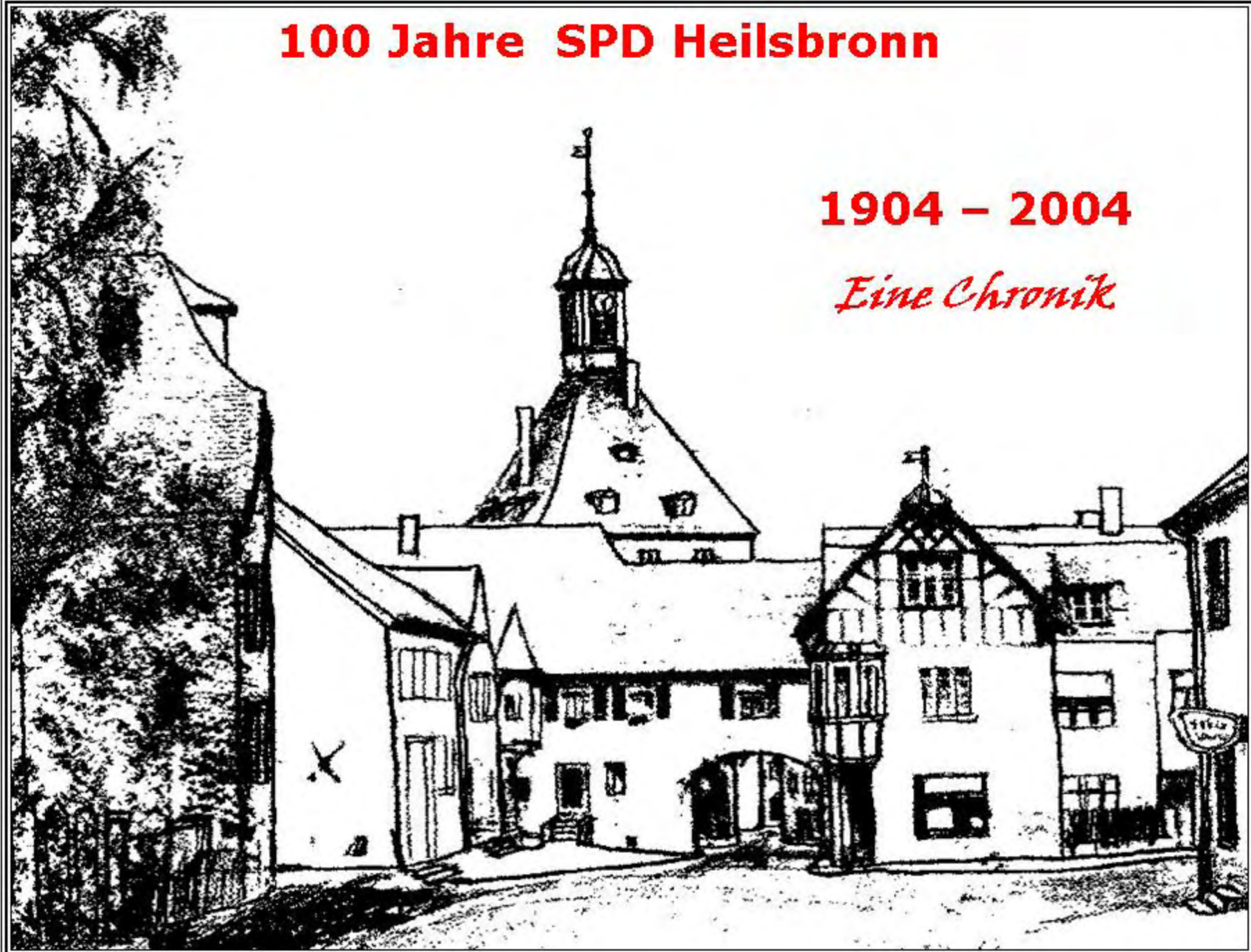


100 Jahre SPD Heilsbronn

1904 – 2004

Eine Chronik



Impressum

Texte und Redaktion:

Dr. Michael Diefenbacher, Alois Frank, Dr. Marcel Mühlbach

Fotos:


Frank, Alois

Heimatverein Heilsbronn

Hung, Johannes: Heilsbronn. Beiträge in Wort und Bild zur Geschichte einer fränkischen Stadt, Heilsbronn 1987.

Hung, Johannes: Heilsbronn in alten Ansichten, Zaltbommel (NL) 1992.

Gesamtherstellung:

VDS-  Verlagsdruckerei Schmidt, 91413 Neustadt an der Aisch

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Heilsbronn

Inhaltsverzeichnis

Grußworte	5	1950-1963: Integration, Zweistaatlichkeit, Wirtschaftswunder	
Vorbemerkung der Bearbeiter	10	Die Bundesrepublik Deutschland	26
1897/1904-1918: Die Heilsbronner Sozialdemokratie im Kaiserreich		Innerstaatliche Entwicklung der Bundesrepublik	26
Vorgeschichte	11	Landtagswahlen in Bayern	26
Partei Gründung und Sozialistengesetz	11	Kommunalwahlen 1960 in München	27
Der Arbeiterbildungsverein Heilsbronn von 1897	11	Die Stadt Heilsbronn	27
Die Welt um 1897	12	Der SPD-Ortsverein	27
Vom Arbeiterbildungsverein Heilsbronn zum SPD-Ortsverein	12	1963-1969: Erste Wirtschaftskrise	
Gründung der SPD in Heilsbronn	13	Die Bundesrepublik Deutschland	29
Die Welt im Jahre 1904	13	Bayern	29
Die Heilsbronner SPD vor dem Ersten Weltkrieg	13	Landtagswahlen	29
Der Erste Weltkrieg	15	Die Stadt Heilsbronn	30
1918/19-1933: Revolution und Weimarer Republik		Der SPD-Ortsverein	30
Die Heilsbronner SPD und die Revolution 1918/19	17	Bücher statt Wahlwerbung – Bundestagswahlen in Heilsbronn	30
Die Heilsbronner SPD in der Weimarer Republik	17	Kommunalwahlen 1966	31
1933: Verbot der Heilsbronner SPD im „Dritten Reich“		Aus der Fraktion	31
Reichstagswahl am 5. März 1933	19	1969-1974: Sozialliberale Reformen und Aufbruchstimmung	
Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933	19	Die Bundesrepublik Deutschland	32
Die „Gleichschaltung“ der Heilsbronner SPD	19	Bayern	32
Die Gleichschaltung SPD-naher Organisationen	20	Landtagswahlen	32
1945-1949: Nachkriegszeit, Kapitulation, Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Teilung		Die Stadt Heilsbronn	33
Nachkriegspolitik und Gründung beider deutschen Staaten	23	Der SPD-Ortsverein	33
Bayern	23	Bundestags- und Kommunalwahlen 1972	34
Heilsbronn nach dem Krieg	24	Bürgerkomitee gegen den Rangierbahnhof	34
Beseitigung der Wohnungsnot	24	1974-1982: Reformen trotz Rezession, Anti-Atomkraft-, Frauen- und Friedensbewegung, NATO-Doppelbeschluss	
Neugründung der SPD Heilsbronn	24	Die Bundesrepublik Deutschland	35
Kommunalwahlen 1946 und 1948	25	Bayern	35
		Wahlen in Bayern	36
		Die Stadt Heilsbronn	36
		Bürgermeister- und Kommunalwahl 1978	36
		Der SPD-Ortsverein	37

1982-1990: Geistig-moralische Wende, Umbau des Sozialstaats, Wiedervereinigung

Die Bundesrepublik Deutschland	38
Bayern	39
Kommunal- und Landtagswahlen	39
Die Stadt Heilsbronn	39
Der SPD-Ortsverein	40
SPD-Frauengruppe und erster Heilsbronner Weihnachtsmarkt	41
Änderungen in der Stadtratsfraktion	41
80 Jahre SPD Heilsbronn	41

1990-1998: Innere Einheit, blühende Landschaften und Reformstau

Die Bundesrepublik Deutschland	43
Bayern	44
Die Stadt Heilsbronn	44
Wahlen in Heilsbronn 1990 und 1994	44
Der Ortsvereinsvorstand 1990-1996	45
Der SPD-Ortsverein	45
Zäsur im Ortsverein 1993	46
Urabstimmung in der SPD	46
Kommunalwahl 1996	46

1998-2004: Wechsel und Reformen – Agenda 2010

Die Bundesrepublik Deutschland	47
Bayern	48
Die Stadt Heilsbronn	48
Georg Anselstetter	49
Der SPD-Ortsverein	49
Kommunalwahl 2002	50
Aus dem Stadtrat	51

100 Jahre SPD Heilsbronn – ein Resümee 53**Tabellen**

Amtszeiten der obersten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland, des Freistaates Bayern und Heilsbronn	54
Heilsbronner Bürgermeister und SPD-Stadt-/Kreisräte	56
Vorstand des SPD-Ortsvereins Heilsbronn	58

Quellen und Literatur 63

Grußwort von Franz Müntefering, MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Liebe Genossinnen und Genossen,

herzlichen Glückwunsch zum 100. Jubiläum des SPD-Ortsvereins Heilsbronn. Das ist ein stolzes Jubiläum und allemal eine Feier wert.

So ein Tag ist immer auch Anlass, zurückzublicken und die Ereignisse der letzten Jahre und Jahrzehnte Revue passieren zu lassen. Ein solches Jubiläum ist auch Anlass, den Blick zurück auf die historische Leistung der deutschen Sozialdemokratie zu richten. Auf vieles können wir stolz sein: Es war die SPD, die die Werte der europäischen Aufklärung in Deutschland durchgesetzt hat. Soziale Sicherheit und Demokratie sind nicht zuletzt von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkämpft worden. Wie keine andere Partei in Deutschland hat die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte gegen Unfreiheit, Unterdrückung und Ausbeutung gekämpft. Für den Erhalt von Freiheit und die Durchsetzung von mehr Gerechtigkeit wurden große Opfer gebracht, viele haben sogar ihr Leben für unsere gemeinsamen Ziele gegeben.

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist eine wechselvolle Geschichte. Wir haben debattiert und gestritten, aber wir haben auch viel bewegt. Das Godesberger Programm hat uns regierungsfähig gemacht, die Ostpolitik unter Willy Brandt hat mitgeholfen den Eisernen Vorhang zu überwinden. Helmut Schmidt hat in schwierigen Zeiten Kurs gehalten.

Aus dieser Erinnerung und im Bewusstsein dieser eigenen Identität erwächst uns die Aufgabe und die Verpflichtung, auch in Zukunft verantwortlich Politik zu gestalten.

Mit Gerhard Schröder haben wir die umfassende Erneuerung unseres Landes begonnen und außenpolitische Verantwortung bewiesen.

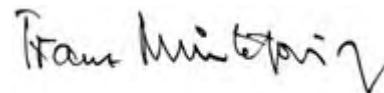
Unser Land braucht Reformen, um Wohlstand und soziale Gerechtigkeit langfristig und auf hohem Niveau zu sichern. Das ist unser Ziel. Die Gestaltung einer guten Zukunft für die Menschen in unserem Land ist keine leichte Aufgabe, aber gemeinsam werden wir es schaffen: Wir wollen bei der Bildung wieder an die Weltspitze kommen, wir wollen soziale Sicherheit für die Menschen. Wir wol-

len, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern endlich Lebenswirklichkeit wird, eine starke Wirtschaft, die wieder Arbeitsplätze schafft, eine starke Verbindung zwischen Arbeit und Umwelt und von allem: Wir wollen beim Wohlstand wieder Spitze sein in Europa. Wenn wir uns auf unsere bewährten Stärken konzentrieren, können wir das erreichen.

Auch unsere Partei ist nicht mehr die gleiche wie vor 100 Jahren. Klassische sozialdemokratische Milieus, die den Arbeiterinnen und Arbeitern Schutz und Rückhalt gegeben haben, existieren größtenteils nicht mehr. Neue Bevölkerungsschichten haben die SPD als ihre Interessenvertretung entdeckt. Doch dieser Wandel muss uns nicht ängstigen, sondern macht auch Mut, denn eines sind wir geblieben: eine starke Gemeinschaft von mehr als 600.000 Genossinnen und Genossen. Wir sind nicht immer einer Meinung, aber wir haben alle ein Ziel: Wir wollen soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle. Daran arbeiten wir, im Kleinen wie im Großen. Der Weg dahin ist mitunter steinig, wie Diskussionen, die immer zur SPD gehört haben, zeigen. Doch solange wir fair und solidarisch miteinander umgehen und bereit sind, zur Erreichung unserer Ziele auch neue Wege zu gehen, stehen unsere Chancen gut. Die SPD wird gebraucht, jetzt wie vor 100 Jahren.

Liebe Genossinnen und Genossen in Heilsbronn, ich wünsche euch für eurer Jubiläum alles Gute und bitte euch mitzuhelfen, die Menschen zu überzeugen. Dazu wünsche ich euch viel Erfolg, Kraft und Mut.

Ein herzliches Glück auf!



Franz Müntefering



Grußwort von Ludwig Stiegler, MdB

Vorsitzender der Bayern-SPD



Die Tradition der Gerechtigkeit mit dem notwendigen Fortschritt verbinden.

Als die SPD – von Ferdinand Lassalle als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein gegründet – 1904 ihren 41. Geburtstag feierte, konstituierte sich in Heilsbronn ein Ortsverein, der nun auf eine 100-jährige Geschichte zurückblicken kann. Ohne die engagierte Arbeit vieler Menschen in den Ortsvereinen wäre der Erfolg der deutschen Sozialdemokratie nicht möglich gewesen. Besonders zu Beginn des 20. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt der Industrialisierung, bot die SPD für viele Arbeiter die einzige Möglichkeit, solidarisch für eine andere, eine freie, gleiche und gerechte Gesellschaft einzutreten.

In der Zwischenzeit hat die deutsche Sozialdemokratie wechselvolle Zeiten erlebt. Die SPD wurde vor dem 1. Weltkrieg stärkste Fraktion im Reichstag und war zur Weimarer Zeit eine tragende Säule der Republik. Die Sozialdemokraten haben als einzige Fraktion gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt, bevor SPD-Mitglieder in den düstersten Jahren Deutschlands unter der Verfolgung durch die Nationalsozialisten leiden mussten. Seit Gründung der Bundesrepublik hat sich die Sozialdemokratie immer wieder erneuert und stellt mit Gerhard Schröder heute zum dritten Mal in ihrer Geschichte einen Bundeskanzler.

Aktuell sind grundlegende und zukunftsweisende Reformen notwendig, um die ökonomischen Schwierigkeiten zu bewältigen, den Arbeitsmarkt in Ordnung zu bringen und die sozialen Sicherungssysteme auch für zukünftige Generationen zu erhalten. Diese Probleme fordern die Grundfesten der SPD heraus. Wenn wir es uns heute nicht einfach machen, dann zeigt das nur,

dass Sozialdemokraten nach wie vor zu ihren Überzeugungen stehen. Die SPD war immer eine Partei der konstruktiven Kritik und der innerparteilichen Diskussion. Gerade in den Ortsvereinen, an der Basis, ist diese Auseinandersetzung besonders wichtig, denn wir müssen es jetzt schaffen, nachhaltige Reformen auf den Weg zu bringen! Die Probleme dulden keinen Aufschub mehr.

Bei unseren Beschlüssen brauchen wir Verantwortungsbewusstsein, Mut, Leidenschaft und Augenmaß. Und wir werden es auch heute schaffen, die Tradition der Gerechtigkeit mit dem notwendigen Fortschritt zu verbinden. Dabei kommt es auf die aktive Unterstützung jedes Einzelnen an. Ohne die Überzeugungsarbeit der SPD vor Ort können die schwierigen Herausforderungen unserer Zeit nicht bewältigt werden.

Daher danke ich allen Mitgliedern am 100. Gründungstag des SPD-Ortsvereins Heilsbronn für ihr Bekenntnis zur Sozialdemokratie und hoffe auch in Zukunft auf Mut, kritische Auseinandersetzung und Verantwortungsbewusstsein im Sinne von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das Vorstandsteam in Heilsbronn zeigt, dass die SPD sich immer wieder erneuert. Gerechtigkeit wird trotz aller Herausforderungen auch in Zukunft nicht aufzuhalten sein. Wir haben in unserer Geschichte schon vieles überstanden. Bringen wir die BayernSPD gemeinsam wieder nach vorne!

Mit herzlichem Gruß

Ludwig Stiegler

Grußwort von Lutz Egerer

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Ansbach

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Namen des SPD Unterbezirk Ansbach übermittele ich Euch die besten Glückwünsche zu euerem 100 jährigen Bestehen. Auf diese große Tradition in der schönen Stadt Heilsbronn könnt Ihr stolz sein. Viele streitbare Genossinnen und Genossen waren es, die in diesem Zeitraum sozialdemokratische Ideale vertreten haben. Oftmals in sehr schwierigen Zeiten – wie wir aus der jüngeren Geschichte wissen. Sie alle haben die Treue zur SPD gehalten. Populismus war ihnen fremd, es ging um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung. Dieses Verhalten dient uns heute immer noch als Vorbild.

Euer großer Verdienst ist es vor allem, unsere Politik vor Ort konkret gemacht zu haben. In der Aufklärung und Information der Bürgerinnen und Bürger, mit euren Festen und Veranstaltungen und euer großer Einsatz im kommunalpolitischen Bereich. Für die Menschen in der Stadt Heilsbronn ist die SPD sichtbar und hat ein eigenständiges Profil, das sich deutlich abzeichnet.

Die politischen Erfahrungen aus 100 Jahren in euerem Ortsverein sind ein wichtiges Kapital. Aber wie ich die SPD in Heils-

bronn kenne, ist für Euch der Fortschritt in der politischen Auseinandersetzung das aktuelle Handlungsfeld. Ich bin sehr zuversichtlich, dass Ihr auf Grund der Kompetenz und der motivierten Genossinnen und Genossen in der SPD Heilsbronn die anstehenden Aufgaben bewältigen werdet.

Für die Zukunft wünsche ich Euch die nötige Kraft und Ausdauer, die die Politik oftmals erfordert. Die Solidarität untereinander, auch wenn man manchmal zu bestimmten Themen nicht eine Meinung hat. Die Freundschaft miteinander, um in kritischen Zeiten zueinander stehen zu können.



A handwritten signature in dark ink that reads "Lutz Egerer". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Lutz Egerer, Vorsitzender

Grußwort von Carl-Heinz Zischler

1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Heilsbronn



Ein Jubiläum – vor allem ein 100-jähriges – ist Anlass, den Blick auf die vergangenen 100 Jahre zu richten und sich der eigenen Geschichte zu erinnern. Denn nur wer weiß, wo seine Wurzeln liegen, woher er kommt, hat auch das richtige Rüstzeug, um die Gegenwart zu meistern und die Zukunft zu bewältigen.

Die vorliegende Chronik begleitet den Weg unseres Ortsvereins über die vergangenen 100 Jahre. Unserem Autorenteam Dr. Michael Diefenbacher, Alois Frank und Dr. Marcel Mühlbach möchte ich für das gelungene Werk recht herzlich danken.

In ihr wird deutlich, dass die Geschichte unseres SPD Ortsvereins geprägt war von Höhen und Tiefen. Innere und äußere Schwierigkeiten, Erfolge und Misserfolge begleiteten den Weg unserer Mitglieder, die ihren Beitrag für die Bürgerinnen und Bürger zur Entwicklung Heilsbronns und des Landkreises Ansbach geleistet haben. Es ist die Geschichte von Frauen und Männern, die sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse einsetzten und einen großen Teil ihres Lebens in den Dienst ihrer Vision stellten. Deshalb möchte ich mich bei allen Frauen und Männern unseres Ortsvereins für die geleistete Arbeit recht

herzlich bedanken, ist es doch in der heutigen Zeit nicht mehr so sehr üblich, ehrenamtlich für unsere Gesellschaft tätig zu sein.

Unserer Gesellschaft hat sich in diesen 100 Jahren stark verändert. Vor allem die explosionsartige Steigerung der Produktivität, die Globalisierung und die Veränderung der Alterspyramide, einhergehend mit einer starken Individualisierung bergen Chancen aber auch Risiken, wie wir in den letzten Jahren erfahren mussten.

Mit Blick auf die Zukunft, muss die Politik nicht neu erfunden werden. Es gilt sich auf alte Werte und Tugenden zu besinnen. Im Mittelpunkt steht dabei die Menschenwürde und die daraus abgeleiteten Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Charakterzüge wie Härte, Gewinnsucht, Habgier, Egoismus und Eigennutz müssen dabei ersetzt werden durch positive menschliche Eigenschaften wie Offenheit, Aufrichtigkeit, Verständnis, Freundlichkeit und Mitgefühl.

Ich wünsche unserem Ortsverein für die nächsten 100 Jahre viel Erfolg und weiterhin viele engagierte Mitglieder!

Euer

Carl-Heinz Zischler

Grußwort von Walter Träger

1. Bürgermeister der Stadt Heilsbronn

Der Ortsverein Heilsbronn der SPD kann am 2. Oktober 2004 sein 100-jähriges Bestehen feiern und ist somit die älteste demokratische Partei in Heilsbronn. Keine andere Partei in Deutschland kann auf eine so lange demokratische Geschichte zurückblicken wie die SPD.

1904, Heilsbronn hatte zu dieser Zeit etwa 1.240 Einwohner, von 17 Männern gegründet, hat sich der Ortsverein im Laufe der Jahre zu einer stattlichen Größe entwickelt. Heute zählt der Ortsverein 62 Mitglieder. Seit der letzten Kommunalwahl im Jahr 2002 gehören von insgesamt 20 Stadträten 5 der SPD an.

Den Männern der ersten Stunde, die damals mit viel Mut, Kraft und Entschlossenheit für ihren sozialdemokratischen Gedanken kämpften und sich vor ihrer Einstellung nicht abbringen ließen, gehört nach wie vor unser großer Dank und Respekt. Was diese Männer gerade in den Anfangsjahren durchstehen mussten, ist heute nicht mehr vorstellbar. Die Gründungsjahre bis nach dem Dritten Reich waren die schlimmsten Zeiten für die Sozialdemokraten im ganzen Land und auch hier in Heilsbronn.

Heute hat die Sozialdemokratische Partei ihren festen Platz in der Weltpolitik und natürlich auch in unserer Stadt. So haben sich auch viele Sozialdemokraten seit Gründung der Partei in Heilsbronn engagiert, sich im kommunalen Bereich betätigt und

das Stadtgeschehen maßgeblich mitgeprägt. Ich möchte hier nur einige Namen nennen: Julius Engler, Georg Schwab, Postschaffner, Georg Schwab, Zimmermann und Schausteller, Fritz Brechetsbauer, Josef Schwarz, Georg Anselstetter, Wilhelm Schwarzer und Horst Bell. Nicht vergessen möchte ich die Aktivitäten im gesellschaftlichen Bereich: Beteiligung am Stadtfest und Weihnachtsmarkt, die Weinfeste und das traditionelle SPD-Kinderfest am Eichenhain, das sehr gerne angenommen wird.



Zu den bevorstehenden Jubiläumsfeierlichkeiten möchte ich dem Ortsverein meine herzlichsten Glückwünsche aussprechen, verbunden mit dem Wunsch auf eine stabile Zukunft in Demokratie, Freiheit und Frieden. Der Jubiläumsveranstaltung wünsche ich einen guten Verlauf.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Walter Träger', written in a cursive style.

Walter Träger, 1. Bürgermeister

Vorbemerkung der Bearbeiter

Als die Heilsbronner SPD im Jahr 1988 ihre 80-Jahr-Feier begehen wollte, erarbeitete ihr damaliger 1. Vorsitzender, Horst Bell, zusammen mit Wilhelm Schwarzer eine Festbroschüre. Bei ihren Nachforschungen stellte sich jedoch heraus, dass unser Ortsverein nicht, wie bis dahin angenommen, 1908, sondern bereits am 2. Oktober 1904 gegründet worden war. Die „80-Jahr-Feier“ 1988 fand dennoch statt, und dank der Erkenntnisse von damals können wir 2004, also schon 16 Jahre später, unseren 100. Geburtstag feiern.

Mit der Festschrift „100 Jahre SPD Heilsbronn“ will der SPD-Ortsverein nicht nur seinen 100. Geburtstag gebührend feiern, sondern den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt eine Chronik an die Hand geben, die Einblicke in Erfolge und Misserfolge von 100 Jahren Kommunalpolitik geben.

Grundlage war die Broschüre von 1988. Die Chronik ist gegliedert nach den historischen Epochen Kaiserreich, Weimarer Republik, Bundesrepublik Deutschland in der Zeit nach 1949 die Regierungen der Bundeskanzler (Adenauer, Erhard/Kiesinger, Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder) sowie nach den Betracht-

tungsebenen Bundesrepublik Deutschland, Bayern und Heilsbronn. Tabellen und zahlreiche Fotografien runden die Publikation ab.

Durch die zeitliche und lokale Gliederung der Chronik soll die Verflechtung der kommunalen Politik mit der Landes- und Bundespolitik offen gelegt werden. Es sollen aber auch die Verdienste sichtbar werden, die der SPD und ihren Vertretern in der Heilsbronner Kommunalpolitik ohne Frage zustehen. Dabei ist es häufig der Einsatz und das Engagement Einzelner, die Gleichgesinnte mitziehen, wodurch das Leben in der Stadt gestaltet werden kann. So verbinden wir mit dieser Chronik auch die Hoffnung, dem allgemeinen Trend der Politikverdrossenheit wenigstens ein Stück entgegenzuwirken, um wieder etwas Mut zu machen für politisches Engagement.

Heilsbronn, im Frühjahr 2004

Dr. Michael Diefenbacher
Alois Frank
Dr. Marcel Mühlbach

1897/1904-1918:

Die Heilsbronner Sozialdemokratie im Kaiserreich

Vorgeschichte

1875 wurde in Gotha die Sozialistische Arbeiterpartei gegründet, aus der heraus sich die SPD entwickelte. Bis es zu dieser Parteigründung kam, waren fast 30 Jahre erforderlich, in denen sich mit der zunehmenden Industrialisierung der Wirtschaft die Interessen der wachsenden Anzahl der Lohnabhängigen in Form einer Partei organisierten.

Früheste Ansätze zu einer organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland lassen sich im Zuge der Revolution 1848/49 erkennen, als auch in Bayern erste Arbeitervereine entstanden (Nürnberg: Mai bzw. Sommer 1848) und vom 2. bis 4. April 1849 in Nürnberg der erste allgemeine bayerische Arbeiterkongress tagte. Jedoch bereits im August 1849 wurden diese frühen Arbeitervereine in Bayern wieder verboten und viele ihrer Mitglieder verhaftet. 1861/62 kam es dann zu einer Neubelebung der organisierten deutschen Arbeiterbewegung, in Bayern wiederum in der Industriemetropole Nürnberg zur Gründung des zweiten Nürnberger Arbeitervereins.

Die bayerischen Arbeitervereine – dominiert von der eher bürgerlichen Fortschrittspartei – stellten sich in ihrer Ausrichtung von vornherein gegen den 1863 in Leipzig von Ferdinand Lasalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV). Der ADAV war die erste sozialistische Partei Deutschlands, die als Generalkonzept eine Art von Staatssozialismus verfolgte, womit sogar der damalige preußische Ministerpräsident und spätere erste deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck sympathisierte.

Parteigründung und Sozialistengesetz

Erst ab 1866 entzogen sich Teile der bayerischen Arbeiterbewegung der Dominanz der „Fortschrittlichen“ (1866 Gründung des Nürnberger Arbeiterbildungsvereins) und wandelten sich in Anlehnung an Wilhelm Liebknecht und August Bebel zur proletarischen, an den Idealen von Karl Marx ausgerichteten Arbeiterbewegung. Liebknecht und Bebel gründeten am 9. August

1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), die bereits wenige Tage später auch in Bayern Fuß fasste (24. August 1869 wiederum in Nürnberg). Beide Arbeiterparteien ADAV und SDAP vereinigten sich in Gotha 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei. Diese Sozialistische Arbeiterpartei wurde bereits drei Jahre nach ihrer Gründung 1878 reichsweit von Otto von Bismarck mit dem sogenannten Sozialistengesetz, das erst 1890 wieder aufgehoben wurde, unterdrückt. Durch rigide Verwaltungs- und Polizeimaßnahmen, durch Presse- und Versammlungsverbote sowie durch Ausweisung ihrer Funktionäre zwang man die Partei und ihre Mitglieder in die Illegalität. Diese wiederum beantworteten die Unterdrückung mit straffen Organisationsstrukturen in kleinzelligen Agitationseinheiten, wodurch die bis heute bestehende Vereinsstruktur der SPD begründet wurde.

Bismarck versuchte die junge Arbeiterbewegung im Deutschen Reich mit Zuckerbrot und Peitsche zu bekämpfen. Die „Peitsche“ war das Sozialistengesetz, das „Zuckerbrot“ die damals modernste Sozialgesetzgebung der Welt. Bismarcks Sozialgesetze zur Krankenversicherung 1883, zur Unfallversicherung 1884 sowie zur Alters- und Invalidenversicherung 1889 waren zweifellos seine größten innenpolitischen Leistungen und bilden bis heute die Grundlagen unserer so dringend zu reformierenden Sozialsysteme. Sein Ziel, die Verbreitung der Ideen der Sozialdemokratie mit diesen Gesetzen zu verhindern, erreichte Bismarck jedoch nicht.

Der Arbeiterbildungsverein Heilsbronn von 1897

Am 14. Februar 1897 lud der Spezereihändler Johann Lederer, geboren am 11. April 1871 in Großhaslach, zur Gründungsversammlung eines Arbeiterbildungsvereins ein. Ziel eines solchen Arbeiterbildungsvereins war nicht nur die berufliche Bildung seiner Mitglieder (wie dies bei den seit den 1860er Jahren bestehenden „bürgerlichen“ Bildungsvereinen der Fall war), sondern darüber hinaus auch die politische, kulturelle und historische

Bildung. Die Arbeiterbildungsvereine gründeten sich also auf einem umfassenden Bildungsgedanken, auch wenn er in seiner Ausrichtung klassenspezifisch auf die Arbeiterschaft bezogen war.

Der Heilsbronner Arbeiterbildungsverein, der sich 1897 konstituiert hatte, wurde zur Keimzelle der Heilsbronner SPD. Dies geschah nach der Auflösung des Sozialistengesetzes, als die SPD im Deutschen Reich wie auch in Bayern wieder legalisiert worden war. Nach wie vor wurden jedoch die Versammlungen von Sozialdemokraten und ihnen nahestehende Organisationen wie die Arbeiterbildungsvereine misstrauisch überwacht. Bei den meisten Versammlungen war ein Beauftragter der Ordnungspolizei anwesend, der eifrig das Gehörte mitschrieb und den Bericht an die zuständigen Gremien (die Magistrate der größeren Städte, die Bezirksämter bzw. die Kammern des Inneren der jeweiligen Regierungen) weiterleitete.

In Bayern regelte ein Vereins- und Versammlungsrecht die Durchführung von öffentlichen, d. h. vor allem politischen, Versammlungen. 24 Stunden vor Beginn musste eine Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Zweckes (Tagesordnung) beim Bürgermeisteramt bzw. Magistrat als zuständiger Ortpolizeibehörde angemeldet werden unter Angabe des Namens, des Berufes und des Wohnsitzes des Einberufenden sowie mit der Bestätigung des Gastwirtes (Name, Wohnort und Lokalität), in dessen Räumlichkeiten die Versammlung geplant war. Bei Versammlungen der SPD waren Minderjährige und Frauen nicht zugelassen. Ein Versammlungsverbot war nach dem bayerischen Vereins- und Versammlungsrecht unzulässig, die Auflösung einer gemeldeten oder bestehenden Versammlung jedoch gestattet, da der Staat sich das Recht der Versammlungsüberwachung durch die Ortpolizei vorbehielt. Von diesem Recht wurde auch in Heilsbronn reichlich Gebrauch gemacht.

Die Welt um 1897

In diesem für Heilsbronn und ihre SPD so bedeutsamen Jahr 1897 ging es in Bayern und im Deutschen Reich eher ruhig zu,

aber draußen in der Welt tobten imperialistische Kolonialkriege: US-Truppen eroberten die Hawaii-Inseln und damit erstmals außeramerikanisches Territorium. In Mittelamerika war der Kubanische Krieg (1896-1898) in vollem Gange – Kuba, Puerto Rico und die Philippinen besiegten mit Hilfe der USA ihre spanischen Kolonialherren. In Afrika metzelten im Sudankrieg englische Truppen unter Lord Kitchener Eingeborene nieder. Das Deutsche Reich besetzte und pachtete die Kolonie Tsingtao in China. Die großen Tyrannen des 20. Jahrhunderts – Lenin, Stalin, Hitler, Mao-Tse-tung – waren bereits geboren. Ernest Rutherford formulierte erste Gedanken zur „Struktur der Atomkerne“ und James Dewar verflüssigte erstmals Wasserstoff, beides Grundlagen für das im 20. Jahrhundert beginnende „Atomzeitalter“. Heilsbronn selbst war kleiner geworden, seine Einwohnerzahl sank von 1.234 im Jahr 1890 auf nur noch 1.208 im Jahr 1900.

Vom Arbeiterbildungsverein Heilsbronn zum SPD-Ortsverein

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 entwickelte sich aus den in der Illegalität erprobten Vereinsstrukturen, die die Grundlagen der Partei blieben, die späteren Ortsvereine bzw. ihre Vorgängervereine. So entstand auch der Heilsbronner Ortsverein der SPD aus dem Arbeiterbildungsverein von 1897. Die Wahlen zum Gründungsvorstand dieses neuen Vereins brachten am 14. Februar 1897 folgendes Ergebnis: 1. Vorstand wurde Johann Lederer, 2. Vorstand Michael Sommer, 1. Kassier Georg Scheuerlein, 2. Kassier Johann Keitel, 1. Schriftführer Lorenz Lehnert und 2. Schriftführer Wilhelm Kölbl. Bereits drei Tage nach dieser Wahl erhielt das Bezirksamt Ansbach am 17. Februar Warnhinweise aus dem Gemeindeausschusses der Gemeinde Heilsbronn mit Bürgermeister Johann Leonhard Bischoff an der Spitze. Es wurde vermutet, dass dieser neu gegründete Verein SPD-Absichten verfolge, da dessen 1. Vorstand „Agitator der SPD“ sei.

Auch die folgenden Jahre bis 1899 blieben geprägt von erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den obrigkeitlichen Behörden auf der einen und Johann Lederer und „seinem“ Arbeiterbildungsverein auf der anderen Seite. Trotz ständiger Verfolgung, mehreren Verhaftungen und Verurteilungen zu Geldstrafen und Gefängnis wich Johann Lederer nicht von dem von ihm eingeschlagenen Weg ab.

Im Jahre 1899 zählte der Heilsbronner Arbeiterbildungsverein bereits 43 Mitglieder. Die zunehmenden Repressionen gegen den 1. Vorstand Johann Lederer zwangen den Verein, eine Kampfesform aus der Zeit des Sozialistengesetzes wieder aufleben zu lassen: Er löste sich am 17. März 1899 auf, um sich bereits zwei Tage später, am 19. März 1899, unter veränderten Statuten neu zu gründen. Die Überwachungs- und Unterdrückungsorgane der Obrigkeit mussten sich nun ebenfalls neu orientieren. Die Befürchtungen des Heilsbronner Gemeindeausschusses von 1897 hatten sich also bewahrheitet.

In Heilsbronn war der Weg hin zur Partei spätestens mit dieser Neugründung des Arbeiterbildungsvereins beschritten. Im Jahre 1903 versuchten SPD-Mitglieder, obwohl es damals noch keinen Ortsverein gab, in Heilsbronn eine Maifeier abzuhalten. Der Antrag wurde über das Bürgermeisteramt zum Bezirksamt Ansbach weitergeleitet, dort aber wegen „SPD-Umtrieben“ verboten.

Gründung der SPD in Heilsbronn

Am 5. Oktober 1904 erschütterte eine von Johann Lederer ausgefertigte Anzeige die bisher so beschauliche Marktgemeinde Heilsbronn. Der Originaltext lautet: „In der am Sonntag, dem 2. Oktober 1904 nachmittags um 1/2 4 Uhr anberaumten, im Försterschen Saale stattgefundenen, öffentlichen Versammlung wurde ein SPD-Verein gegründet. Als Satzung dient demselben das Statut der anderen SPD-Vereine, wovon ein Exemplar beiliegt.“

Die vorläufig provisorisch gewählte Vorstandschaft besteht aus: Heinrich Sommer, Steinmetz, Vorstand; Johann Lederer, Händler, Schriftführer; Konrad Mayer, Maurer, Kassier.

Dieselbe wird in einer in nächster Zeit abzuhaltenden Generalversammlung auf die im Statut vorgesehene Anzahl ergänzt. Versammlungen finden bis zur Abhaltung der Generalversammlung keine statt. Die Mitgliederzahl beträgt 17“.

Die Welt im Jahre 1904

Heilsbronn hatte zur Zeit der Gründung des SPD-Ortsvereins etwa 1.240 Einwohner. Ebenfalls im Jahr 1904 wurde eine Kinderschule am Ort eingerichtet sowie der Diakonieverein und der Geflügelzuchtverein gegründet. Ansonsten war die Welt im Vergleich zu 1897 noch etwas bedrohlicher geworden. In Fernost begann der Japanisch-Russische Krieg um Korea und Sachalin, den Japan 1905 siegreich beenden konnte, der aber über 1 Million Tote forderte. In Südafrika bekämpften seit 1903 deutsche Truppen in brutaler Weise die Eingeborenenaufstände der Hereros und Nama. Frankreich verbündete sich mit England zur „Entente cordiale“, womit das die Konstellation des Ersten Weltkriegs bestimmende Bündnis entstand; die deutsche Reichsregierung nannte dies propagandistisch die „Einkreisung des Reiches“. Im Jahr 1903 waren die Gebrüder Wright zum ersten statistisch anerkannten Motorflug gestartet – Pioniere der modernen Art menschlicher Fortbewegung, die zum Katalysator unserer heutigen Globalisierung werden sollte.

Die Heilsbronner SPD vor dem Ersten Weltkrieg

Am 8. Januar 1905 wurde die in der Anzeige vom Oktober des Vorjahres angekündigte Generalversammlung des SPD-Vereins Heilsbronn abgehalten und dabei eine neue Vorstandschaft gewählt: 1. und 2. Vorstand waren nun der Steinmetz Heinrich Sommer und der Schuhmacher Hans Schmidt, Kassier wurde der alte Vorsitzende des Arbeiterbildungsvereins, der Spezereihändler Johann Lederer, 1. und 2. Schriftführer wurden der Tag-

Originalminutenprotokoll

Praxis 5 1904. No. 2066

Augsburg.

Im Jahr neue Sonntag, den 2. Oktober 1904 Nachmittags um 4^{1/2} Uhr
 in der Versammlung der Mitglieder der Sozialistischen Partei Heilsbronn, öffentlichem Vor-
 sitzungssaal, wurde über die Angelegenheit des Parteiprogramms gesprochen.

Es wurde beschlossen, dass die Partei die in der Parteiprogramm-
 der Sozialistischen Partei Heilsbronn, die in der Parteiprogramm-
 der Sozialistischen Partei Heilsbronn, die in der Parteiprogramm-

Die vorstehende als provisorisch angenommene Parteiprogramm-
 der Sozialistischen Partei Heilsbronn, die in der Parteiprogramm-

Es wurde beschlossen, dass die Partei die in der Parteiprogramm-
 der Sozialistischen Partei Heilsbronn, die in der Parteiprogramm-

Es wurde beschlossen, dass die Partei die in der Parteiprogramm-
 der Sozialistischen Partei Heilsbronn, die in der Parteiprogramm-

Es wurde beschlossen, dass die Partei die in der Parteiprogramm-
 der Sozialistischen Partei Heilsbronn, die in der Parteiprogramm-

Heilsbronn, den 5. Oktober 1904

Der Parteivorsitzende

J. H. Böhmer

löhner Georg Nölp und der in Neuendettelsau wohnende Maurer J. Simon Muschler.

Diese Vorstandschaft wurde bereits ein Jahr später, am 25. März 1906, bei einer in der Pflugschen Wirtschaft (Ecke Alte Poststraße/Weiherstraße) abgehaltenen Generalversammlung fast vollständig ausgetauscht. Neuer 1. und 2. Vorstand wurden Johann Schmidt, Maschinist, und Christian Gugel, Maurer, Kassier blieb Johann Lederer, und zu neuen Schriftführern wurden der Schuhmachermeister Johann Sommer sowie der Maurer Jakob Körner gewählt. Im Vollzug des immer noch gültigen bayerischen Vereinsgesetzes zeigte der Heilsbronner Bürgermeister Julius Güllich am 26. März 1906 dem Bezirksamt in Ansbach die Neuwahl der Vorstandschaft an.

Waren im Gründungsjahr 1904 bereits 17 Mitglieder verzeichnet worden, so schrumpfte deren Zahl bis 1908 auf 13. Ursachen des Mitgliederschwundes sind nicht auszumachen, zumal die Partei auf Landes- und Reichsebene einen Erfolg nach dem anderen verbuchen konnte. So errang beispielsweise die SPD in Nürnberg nach der Einführung des Verhältniswahlrechts in Bayern bei der Gemeindewahl 1908 auf Anhieb 10 der damals freien und neu zu wählenden 20 Sitze und konnte zwei Vertreter in den Magistrat entsenden; 1911 konnte sie die Zahl ihrer Mandate auf 20, die der Magistratsräte auf fünf verdoppeln.

Die Vorstandswahlen in der Heilsbronner SPD in der Jahreshauptversammlung am 25. Juli 1909 zeigten fast dieselben Funktionäre, aber auf anderen Posten: Der 1. Vorstand von 1906, der Maschinist Johann Schmidt, wurde nun Kassier, der vormals 2. Schriftführer Jakob Körner an seiner Stelle 1. Vorstand. Den langjährigen Kämpfer für die sozialdemokratische Sache in Heilsbronn, Johann Lederer, wählte man nun zum 2. Schriftführer, der 1. Schriftführer, der Fabrikarbeiter Johann Gsell, taucht erstmals im Vereinsvorstand auf. Gleichgeblieben war die Position des 2. Vorstands mit Christian Gugel.

Erfreulich erwies sich die Mitgliederentwicklung: War 1908 mit 13 Mitgliedern die Gründungszahl von 17 deutlich zurückgegangen, so konnte diese „Delle“ bereits ein Jahr später, 1909, mehr als ausgeglichen werden. Mit 24 Mitgliedern konnte die Vorjahreszahl fast verdoppelt werden, und zwei Jahre später, 1911, erreichte die Heilsbronner SPD bereits eine stattliche Zahl von 40 Mitgliedern, darunter die erste Frau. Im gleichen Jahr 1911 feierte der nun bereits auf eine 14-jährige Vergangenheit zurückblickende Heilsbronner Arbeiterbildungsverein mit einem großen Festzug seine Fahnenweihe. Der SPD-Ortsverein nahm selbstverständlich am Festzug seines Gründungsvereins teil.



Heinrich Sommer, 1. Vorsitzender von 1904 bis 1906

Der Erste Weltkrieg

Allem nationalen Taumel zum Trotz – und der Festzug des Heilsbronner Arbeiterbildungsvereins mit Fahnenweihe 1911 war nichts anderes als die Nachahmung bürgerlicher nationaler Riten – konnte jeder, der dies wollte, die Zeichen der Zeit und ihre Bedrohlichkeit hören, sehen und interpretieren. Der Erste Weltkrieg zeichnete sich ab. Im Fernen Osten waren im Jahr zuvor Eingeborenenaufstände in der deutschen Kolonie des Karolinen-Archipels im Pazifik von der deutschen Kriegsmarine niedergeschlagen worden. 1911 fand in China die erste – bürger-

liche – Revolution unter Sun-Yat-Sen statt, die zum Ende des chinesischen Kaiserreichs führte. In Europa und Nordafrika tobte der sog. Tripoliskrieg zwischen Italien und dem Osmanischen Reich, Auslöser der beiden blutigen Balkankriege von 1912 und 1913, die wiederum direkt zum Ersten Weltkrieg und dessen Mächtekonstellation führen sollten. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. protestierte mit der Entsendung des Panzerschiffes „Panther“ nach Marokko gegen den dortigen Aufbau einer französischen Kolonie und warf sich großspurig zum Beschützer unterdrückter Völker auf, was zu einer weiteren Entfremdung zwischen Deutschland und den „Entente-Mächten“ (zu denen mittlerweile auch Rußland gehörte) führte. Die Krise dieses „Panthersprungs nach Agadir“ verdeutlichte aller Welt, wie nah das alte Europa einer globalen militärischen Auseinandersetzung gekommen war, und die damalige Publizistik in Wort, Bild und Satire dokumentierte dies für jedermann.

Die reichlich vorhandenen Spannungen entluden sich im Ersten Weltkrieg der Jahre 1914 bis 1918. Auch in Heilsbronn war der Blutzoll, den dieses vierjährige gegenseitige Abschlachten erfor-

derte, hoch. Die Mitgliederzahl der örtlichen SPD ging zurück, viele SPD-Mitglieder nahmen am Krieg teil und wurden dessen Opfer. Am Ende des Weltkriegs war die alte Weltordnung Europas vernichtet. In Rußland hatten die Bolschewiken, eine Minderheit der russischen Arbeiterpartei, 1917 das zaristische Regime beseitigt und eine Räterepublik (Sowjet = Rat) ausgerufen. Marxistische Ideen wurden in eine sog. Diktatur des Proletariats umgewandelt, die in Wirklichkeit die Diktatur einer von wenigen Intellektuellen beherrschten Partei war. Zur gleichen Zeit hatte sich im Deutschen Reichstag im Streit um die demokratische Umstrukturierung der Reichsverfassung und aufbauend auf dem schon 1914 geäußerten Protest führender SPD-Funktionäre gegen die kaiserlichen Kriegsanleihen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) von der Mehrheits-SPD (MSPD) abgespalten, was zu einer erheblichen Schwächung der SPD führte. 1918 wurden dann – meist durch Druck des Volkes, weniger durch blutige Revolutionen – die Monarchien in den Staaten beseitigt, die den Ersten Weltkrieg verloren hatten: Deutschland, Österreich-Ungarn und Osmanisches Reich (Türkei).

1918/19-1933: Revolution und Weimarer Republik

Die Heilsbronner SPD und die Revolution 1918/19

Heilsbronner Kriegsteilnehmer, die der SPD nahestanden, kamen aus dem Krieg mit psychischen und physischen Verletzungen, aber auch mit den Ideen und Erfahrungen der Arbeiter- und Soldatenvereine zurück. Verfechter dieser Ideen in Heilsbronn wurde Heinrich Sommer, dessen Bruder Johann Georg in den Jahren 1912 bis 1914 Erster Vorsitzender des Ortsvereins Heilsbronn gewesen war. Von den gesellschaftlich und bildungspolitisch ausgerichteten Arbeiter- und Soldatenvereinen der Front war es nur ein kleiner Schritt zu den nach dem Ende der Monarchie allorts gegründeten Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem (sowjetischem) Vorbild. Selbst in Heilsbronn bekam diese neue Art politischer (Basis-) Organisation Zulauf. Die traditionell linke Ausrichtung der bayerischen SPD jener Zeit – die meisten Mitglieder der bayerischen MSPD standen links von der Berliner Parteizentrale – und die positiven Signale aus München und vor allem aus Nürnberg ließen auch in Heilsbronn keinen großen Bruch zwischen USPD und MSPD aufkommen. Man kann generell feststellen, dass die Heilsbronner SPD zu jener Zeit der USPD recht nahe stand.

Symbolfigur für jenen Umbruch von der bayerischen Monarchie zur bayerischen Demokratie wurde Kurt Eisner. Der Chefredakteur der Nürnberger Fränkischen Tagespost wechselte 1910 nach München, wo er für die Parteipresse als Landtagsberichterstatter arbeitete. Dort gelang es ihm im Ersten Weltkrieg, den linksoppositionellen Widerstand gegen die von Bayern mitgetragene Reichs- und Kriegspolitik um sich zu scharen, bereits im Januar 1918 einen bayernweiten Antikriegsstreik zu organisieren und am 7. November 1918 als erste der deutschen Monarchien die bayerische zu stürzen. Bis zu seiner Ermordung am 21. Februar 1919 amtierte er dann als erster Ministerpräsident des Freistaats Bayern.

Im Jahr 1919 wurde im Zuge der revolutionären Bewegung in Bayern in Heilsbronn ein Arbeiter- und Bauernrat gegründet. Sprecher, d. h. Vorsitzender, wurde wiederum Johann Lederer,

nun schon die „Vaterfigur“ der Heilsbronner SPD. Wichtigster Erfolg des Arbeiter- und Bauernrats war ein Antrag an den Heilsbronner Gemeinderat vom 18. März 1919, an dessen Sitzungen mit Stimmrecht teilnehmen zu dürfen, der am 19. April befürwortet wurde. In München war zuvor, am 7. April, die einzige deutsche Räterepublik ausgerufen worden, die jedoch Anfang Mai blutig niedergeschlagen wurde.



*Johann Georg Sommer,
1. Vorsitzender von
1912 bis 1914*

Die Heilsbronner SPD in der Weimarer Republik

Bei der ersten demokratischen Gemeinderatswahl am 15. Juni 1919 nahm in Heilsbronn die SPD auf der Liste 3 als „Arbeiter und freie Bürgerpartei“ teil. Drei Vertreter wurden in das Kommunalparlament gewählt: Johann Lederer, der Bäcker Karl Sauerheimer und der Ökonom Jakob Schuh. Erster Bürgermeister der Marktgemeinde blieb der bereits im Kaiserreich amtierende Julius Güllich (trotz Revolution und bayerischer Räterepublik Bayern); sein Stellvertreter wurde Heinrich Ludwig. Der Mitgliederstand der Vorkriegszeit (1911: 40 Mitglieder) wurde 1922 wieder erreicht. Unter den nun 42 Mitgliedern waren zwei Frauen. Die parlamentarische Repräsentanz in den Folgejahren aber sank: Von 1924 bis 1928 war Julius Engler, Hafnermeister in Heilsbronn, der einzige Vertreter der SPD im örtlichen Gemeinderat. Erst im Schulterchluss mit der Gruppe der „Beamten, Angestellten und Pensionisten“ in der Liste „Bürgervereini-gung, Bürgerliche Mitte“ konnte die Heilsbronner SPD bei der Gemeindewahl vom 8. Dezember 1929 ihre Mandate auf zwei

im 12-köpfigen Ratsgremium verdoppeln. Es ist offensichtlich, welch schwierigen Weg die ehemals revolutionäre, USPD-nahe Heilsbronner SPD seit 1919 zurückgelegt hatte.

In das Parlament der Marktgemeinde waren 1929 für die gemeinsame Liste „Bürgervereinigung, Bürgerliche Mitte“ der Postschaffner Georg Schwab und der Maurer Lorenz Stapfer eingezogen. Als Ersatzmänner waren gewählt worden: Fritz Pflug, Land- und Gastwirt, Fritz Kuch, Maurer, Georg Kreller, Flaschner, Johann Böttinger, Metallarbeiter, Julius Engler, Hafner und Georg Burk, Bauarbeiter. Bürgermeister war in dieser Amtsperiode Johann Jakob Meier.

Die Wahl am 8. Dezember 1929 war die letzte demokratische Gemeinderatswahl der Weimarer Republik. Sie fand bereits unter den Eindrücken des „Schwarzen Freitags“, des New Yorker Börsenkrachs vom 24. Oktober 1929, der die Weltwirtschaftskrise auslöste, statt. In der zurückliegenden Reichstagswahl vom Mai 1928 hatte die SPD noch 153 der 491 Sitze erringen können (die KPD 54 und die NSDAP 12). Reichskanzler Hermann Müller von der SPD konnte ein letztes Kabinett der Großen Koalition unter Beteiligung der SPD bilden. Doch bereits im Juni 1929 zeichnete sich im Reichsausschuss gegen den Young-Plan (dieser stellte einen erneuten Versuch dar, die Reparationenforderungen der Sieger des Ersten Weltkriegs zu erfüllen) die spätere Koalition des Vorsitzenden der DNVP (Deutschnationale Volkspartei), Alfred Hugenberg, mit Adolf

Hitler und seiner NSDAP ab. Der vom Reichsausschuss initiierte Volksentscheid blieb im Sinne der Befürworter ergebnislos, doch zeigten sich damals erstmals die entscheidenden rechts-extremen Kräfte, die im Januar 1933 die nationalsozialistische Machtergreifung ermöglichen sollten.

Am 14. September 1930 wurde erneut ein neuer Reichstag gewählt. Von 577 Sitzen errang die SPD nur noch 143 (10 weniger als 1928), die radikalen Parteien aber waren – die KPD mit 77 Sitzen (+ 23) und noch viel mehr die NSDAP mit 107 Sitzen (+ 95) – die großen Gewinner. Im Zeichen der zunehmenden Radikalisierung der Gesellschaft und zur Wahrung der „nationalen Interessen der Republik“, für die die SPD während der ganzen Weimarer Zeit als eine der wenigen demokratischen Parteien einstand, gründete sich um 1930 auch in Heilsbronn eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner. Dieser war 1924 zur Verteidigung der Weimarer Republik und ihrer Verfassungsordnung sowie zum Schutz ihrer Veranstaltungen, wie z. B. der jährlichen Reichsverfassungsfeiern, von der SPD gegründet worden und wurde außer von Sozialdemokraten auch von Liberalen und Zentrumsmitgliedern, von ehemaligen Kriegsteilnehmern und von vaterländisch gesinnten Republikanern getragen. Heilsbronn hatte zu dieser Zeit, 1930, bereits 1.645 Einwohner. Zwei Jahre später gedachte es der 800-jährigen Gründung des Zisterzienserklosters (1132) und wurde anlässlich dieser Feierlichkeiten zur Stadt erhoben.

1933: Verbot der Heilsbronner SPD im „Dritten Reich“

Reichstagswahl am 5. März 1933

Entgegen allen Versprechungen löste der mit Hilfe Hugenburgs 1933 von Reichspräsident von Hindenburg zum Reichskanzler bestellte Führer der NSDAP, Adolf Hitler, unter dem Vorwand des Reichstagsbrandes (27. Februar) den letzten demokratisch gewählten Reichstag von 1932 auf und beraumte auf den 5. März 1933 Neuwahlen an. Grundlage war der am 28. Februar mit dem „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ proklamierte Ausnahmezustand, der es Hitlers Schergen auch ermöglichte, diese letzte Wahl durch Behinderung von Wahlaktionen der KPD und der SPD massiv zu beeinflussen. Das erstrebte Ergebnis einer absoluten Mehrheit erreichte die NSDAP dennoch nicht (288 von 647 Abgeordneten). Die SPD blieb mit 120 Sitzen die zweit-, die KPD mit 81 Sitzen die drittstärkste Kraft.

Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933

Trotz dieses Wahlergebnisses erhielt Hitler am 23. März mit dem sog. Ermächtigungsgesetz das Instrumentarium an die Hand, als vereinte Legislative und Exekutive den nationalsozialistischen Staat nach seinen Vorstellungen aufbauen zu können. Hierfür sorgten im Reichstag – gegen den Widerstand der SPD – neben Hitlers NSDAP die Stimmen aller noch vertretenen Parteien, insbesondere die 52 Abgeordneten der rechtsextremen DNVP und die 73 Abgeordneten des in der Zentrumsparterie organisierten politischen Katholizismus. Die Reichstagsmitglieder der SPD hatte man, ähnlich wie die gewählten Abgeordneten der inzwischen verbotenen KPD, denen deshalb bereits die Teilnahme an dieser entscheidenden Reichstagsitzung verweigert worden war, durch zunehmende Repressalien einzuschüchtern versucht. Um so höher ist der mit dem demokratischen Widerstand gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz im Parlament gezeigte Mut der SPD-Abgeordneten zu bewerten.

Die „Gleichschaltung“ der Heilsbronner SPD

Bereits einen Tag nach dem Beschluss des Ermächtigungsgesetzes, am 24. März 1933, hatte das Heilsbronner SPD-Stadtrats-

mitglied Georg Schwab sein Mandat niedergelegt, war er doch bereits seit sechs Wochen, also seit Mitte Februar, noch lange vor dem Reichstagsbrand, nicht mehr zu den Stadtratssitzungen eingeladen worden. Die ersten Maßnahmen der durch das Ermächtigungsgesetz gestärkten neuen Machthaber galten der Beseitigung des föderalistischen Aufbaus des Reiches. Nach den sog. „Gleichschaltungsgesetzen“ wurde auch in Heilsbronn am 22. April 1933 ein Pseudo-Wahlausschuss einberufen, dessen Aufgabe es war, nach den Bestimmungen des „Gesetzes zur Gleichschaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Land und Reich“ dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl entsprechend den Anteil der Gemeinderäte zu bestimmen. Auf dem „Wahlvorschlag“ wurden 17 Mitglieder der NSDAP und drei der SPD platziert. Für die SPD waren dies: 1. Fritz Kuch, Maurer, Badstr. 2, 2. Johann Lederer, Privatier, Badstr. 22, und 3. Johann Gassenmeyer, Hilfsarbeiter, Mühlgasse 14.

Der Wahlausschuss „wählte“ aus den Listen insgesamt 10 Stadtratsmitglieder, nämlich:

- 1. Georg Demas, Kaufmann NSDAP
- 2. Georg Einsiedler, Kaufmann NSDAP
- 3. Hans Großberger, Lehrer NSDAP
- 4. Hans Güllich, Gutsbesitzer NSDAP
- 5. Georg Hofmeister, Buchbindermeister NSDAP
- 6. Karl Lades, Landwirt NSDAP
- 7. Johann Lutz, Schreiner NSDAP
- 8. Adam Merdes, Justizobersekretär NSDAP
- 9. Georg Röttenbacher, Landwirt NSDAP und
- 10. Fritz Kuch, Maurer SPD

Bei der Verteilung der Sitze in den einzelnen Ausschüssen wurde Fritz Kuch nicht berücksichtigt.

Die endgültige Gleichschaltung vollzog sich nun rasend schnell: Am 11. Mai 1933 wurde der Heilsbronner Stadtrat aufgefordert, bei der Ankunft des bayerischen Staatsministers des Innern, Adolf Wagner, sich am Bahnhof – möglichst im Braunhemd und mit Parteiabzeichen – einzufinden. Auch Fritz Kuch war zu die-

sem Termin geladen. Bis zum 22. Juni 1933 hielt er dem gesellschaftlichen und politischen Druck stand, dann legte er sein Mandat nieder. Für ihn wurde Franz Birnbaum aus der NDSAP-Ersatzliste eingesetzt, im Heilsbronner „Stadtrat“ hatte nun die NSDAP ihr Ziel mit 100 Prozent der Sitze erreicht. Noch im Juni erhielt die NDSAP-Kreisleitung in Ansbach vom neuen NS-Bürgermeister Georg Hofmeister eine Vollzugsmeldung über die Gleichschaltung. Die SPD wurde reichsweit am 22. Juni 1933 verboten, in Heilsbronn war Georg Schwab, der am Tag nach dem Ermächtigungsgesetz sein Stadtratsmandat niedergelegt hatte, deren letzter Vorsitzender gewesen.

Die Gleichschaltung SPD-naher Organisationen

Ähnliches geschah mit den der SPD nahestehenden, befreundeten Organisationen. Durch die enge personelle Verbindung mit dem neugegründeten SPD-Ortsverein Heilsbronn (vielfach besetzten die gleichen Mitglieder die Vorstände) wurden im Oktober 1904 aus dem Arbeiterbildungsverein heraus ein Arbeiterturnverein und ein Arbeitergesangsverein gegründet. Das Übungs- und Vereinsgebäude war das vereinseigene Lokal in der Nürnberger Straße 26, das 1981 abgerissen und durch ein Wohn-

gebäude ersetzt wurde. Als weiterer separierter Arbeiterverein, der der SPD nahestand, ist der Arbeiter-Radfahr-Verein „Solidarität“ zu nennen. Sein letzter Vorstand war Georg Schwab, Postbote in Heilsbronn und vor 1933 einer der beiden letzten demokratisch gewählten Gemeinderatsmitglieder. All diese der SPD nahestehenden Vereine wurden – wie die SPD – nach der Machtergreifung Hitlers 1933 verboten und ihr Vermögen eingezogen bzw. anderen Vereinen in Heilsbronn zugeschlagen. Der Radfahrverein „Solidarität“ löste sich am 29. Juni 1933 auf, der Arbeiterbildungsverein einen Tag später, am 30. Juni 1933. Sein letzter Vorstand war Johann Stapfer gewesen.

Einige der führenden Männer der Heilsbronner SPD und ihrer Nebenorganisationen wurden kurzzeitig ins Konzentrationslager Dachau eingesperrt. Aber durch Fürsprache und Einsatz von Jugendfreunden, die zwischenzeitlich der NSDAP beigetreten waren, kamen sie wieder frei. So auch der letzte Vorsitzende der Heilsbronner SPD in der Weimarer Zeit, Georg Schwab.

Weitere Informationen über mögliche Aktivitäten des offiziell aufgelösten SPD-Ortsvereins oder dessen ehemaligen Mitgliedern im Untergrund während der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945) sind nicht bekannt.



Marktplatz, historische Aufnahme um 1930



Marktplatz 2004



Klosterschmiede, historische Aufnahme nach 1911



Klosterschmiede 2004



Heilsbronner Stadtansicht von Süden mit dem oberen Tor, historische Aufnahme um 1905



Heilsbronner Stadtansicht von Süden mit dem oberen Tor, 2004



Katharinenturm, historische Aufnahme um 1908



Katharinenturm 2004

1945-1949: Nachkriegszeit, Kapitulation, Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Teilung

Nachkriegspolitik und Gründung beider deutscher Staaten

Die Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung. Bundespräsident Richard von Weizsäcker führte 1985 dazu aus: „Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrwegs deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.“

Ausdruck für die Hoffnung auf eine bessere Weltordnung waren in den Nachkriegsjahren u.a. die Gründung der Vereinten Nationen (UNO, 26.06.45), die Nürnberger Prozesse und die Integration von mehr als 1,9 Mio. Flüchtlingen und Heimatvertriebenen allein in Bayern (16,5 Mio. bundesweit) – trotz Wohnungsnot und Lebensmittelknappheit.

Deutschland und Berlin wurden in vier Zonen geteilt und zunächst von Militärregierungen verwaltet. Anfangs noch einte die Alliierten das Ziel, Deutschland für alle Zeiten als Kriegsgegner auszuschalten, dessen Militär- und Rüstungsindustrie zu beseitigen und die Führer des nationalsozialistischen Reiches vor ein Kriegsverbrechergericht zu stellen. Doch bereits im Rahmen der Festlegung der Besatzungszonen (franz. Sektor, Oder-Neiße-Linie) offenbarten sich starke politische Spannungen zwischen den Siegermächten. Churchill sprach vom „Eisernen Vorhang“, der „Kalte Krieg“ begann.

1948 zerfiel der Alliierte Kontrollrat. Um den Schwarzmarkt zu unterbinden, wurden zunächst für die West- und als Gegenreaktion auch für die Ost-Zonen getrennte Währungsreformen durchgeführt. Die Sowjetunion sperrte den gesamten Personen- und Güterverkehr nach Berlin („Berlin-Blockade“). Am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet, als Reaktion hierauf am 7. Oktober die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Bis 1990 vollzog sich dann die deutsche Geschichte in getrennten Staaten.

Bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949 erhielt die CSU in Bayern nur 29,2% der Stimmen. Hintergrund hierfür waren die Auseinandersetzungen mit der Bayernpartei. Bundesweit erreichte die SPD unter Führung von Kurt Schumacher 29,2%, die CDU/CSU knapp mehr: 31,0%. Konrad Adenauer wurde erster Bundeskanzler; er leitete bis 1963 vier Regierungen bzw. Koalitionen.

Bayern

Die amerikanische Militärregierung beschloss am 16. September 1945 für ihre Besatzungszone die Bildung der „Staaten“ Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen. Am 28. Mai 1945 wurde Fritz Schäffer von der amerikanischen Militärregierung zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannt. Rasch fiel er bei den Amerikaner wieder in Ungnade: Weil er sich gegen eine rigorose Entnazifizierung aussprach, wurde er wieder abgesetzt. Die US-Militärregierung ernannte am 28. September den Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner zum Ministerpräsidenten, der im Exil bereits Pläne für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Bayerns entwickelt hatte. Unter anderem hatte er einen 140 Artikel umfassenden „Entwurf einer bayerische Verfassung“ ausgearbeitet, der vom vorbereitenden Verfassungsausschuss beraten und mit geringen Änderungen angenommen wurde. Am 8. Dezember 1946 trat dieser Entwurf als „Bayerische Verfassung“ in Kraft. Auf Wunsch der USA mußte die Zusage gegeben werden, dass Bayern einem künftigen deutschen Staat beitrete.

Bei der ersten bayerischen Landtagswahl nach dem Krieg, am 1. Dezember 1946, erhielt die CSU 52,3% und die SPD 28,6% der Stimmen. Am 13. September 1947 kündigte die SPD die aus CSU, SPD und Wirtschaftlicher Aufbau Vereinigung (WAV) gebildete Regierungskoalition. Die SPD sah ihr Vertrauen in die Koalitionstreue der CSU durch deren Verhalten und Äußerungen von CSU-Politikern erschüttert.

Auf der Landeskonferenz der bayerischen SPD am 9./10. Mai 1947 in Landshut wurde Waldemar Freiherr von Knoeringen zum Landesvorsitzenden gewählt. In der Nachfolge von Wilhelm Hoegner leitete er die Partei bis 1963.

Heilsbronn nach dem Krieg

In Heilsbronn marschierten 1945 amerikanische Truppen ein. Sie ernannten zunächst Johann Güllich, dann Friedrich Hummel zum neuen Bürgermeister. 1946 wurden in der Stadt 445 Wohngebäude gezählt. 1947 setzte ein Hochwasser der Schwabach große Teile der Innenstadt unter Wasser. Im selben Jahr wurde die Neue Abtei Keimzelle der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau. 1948 verfügte die Stadt nach Durchführung der Währungsreform am 20./21. Juni über 19.608,- DM „Erstausstattung“. Die Einwohnerzahl stieg zwischen 1939 und 1949 von 2.049 auf 3.535 Einwohner an. Das ist ein Einwohnerzuwachs von 73 Prozent. Zurückzuführen war dieser Zuwachs auf die kriegsbedingte Verlagerung von Wohnraum aus dem Ballungsraum Nürnberg, die Ansiedlung von Angehörigen der Reichsbahn (ab 1944) und auf den Strom der Flüchtlinge, vor allem aus dem Sudetenland.

Beseitigung der Wohnungsnot

Der enorme Einwohnerzuwachs stellte die Stadt Heilsbronn vor große Probleme. Das veranlasste die SPD-Fraktion am 21. Juli 1948 im Stadtrat den Antrag zu stellen, die Stadt möge bei der Bildung einer Baugenossenschaft behilflich sein. Dies sei notwendig, um die „Geißel der Wohnungsnot“ beseitigen zu können. Am 29. Juli 1948 wurde die Baugenossenschaft gegründet.

Die Wohnraumnot war nur ein Teil der riesigen Sorgen. Neben der bereits erwähnten Überschwemmung musste geeignetes Bauland für Wohn- und Industriebau ausgewiesen werden, 600 Volksschüler mussten 1947 versorgt werden und dies in einer Zeit, in der die Stadt sich auch um Glühbirnen und Schuhwaren zu kümmern hatte. Immerhin ist auch die Arbeit eines Kultur-

referates ab 1948 zu verzeichnen, das sich in der Folge hohe Verdienste um Heilsbronn erwarb, z.B. mit dem Aufbau der Volkshochschule und den Klosterkonzerten.

Ab 1945 waren es zu einem großen Teil die Flüchtlinge, die mit ihrem erprobten Wissen und ihrer Initiative den Versuch einer Industrialisierung wagten – mit höchst unterschiedlichem Erfolg: Viele Firmen verschwanden ebenso rasch wie sie entstanden. Im Vergleich zum Ballungsraum Nürnberg erfolgte die Industrialisierung in Westmittelfranken erst ab 1960, also mit erheblicher Verspätung.

Neugründung der SPD Heilsbronn

Auch für die SPD in Heilsbronn begann nach dem 8. Mai 1945 eine neue Zeit. Die ehemaligen Mitglieder, die das „Dritte Reich“ überlebt hatten und aus dem Krieg oder der Gefangenschaft bereits wieder zurückgekehrt waren, gründeten am 6. Januar 1946 im Gasthaus „Zum Adler“ (Gastwirt Straußberger) den SPD-Ortsverein neu. Die für die Neugründung erforderliche Genehmigung wurde von der amerikanischen Militärre-



Gasthaus „Zum Adler“, historische Aufnahme nach 1911



Gasthaus „Zum Adler“ 2004

gierung erteilt. Das in englischer Sprache abgefasste Gründungs-Dokument ist unterzeichnet von Wr. Whithacker, Major, Cavalery.

Wer für die Neugründung die Initiative ergriffen hat, lässt sich nicht genau ermitteln. Mit dabei waren Julius Engler und Georg Schwab, deren Wiedereintritt in die SPD am 6. Januar 1946 dokumentiert ist. Die Brüder Schwab, Georg und Michael, prägten in den nächsten Jahren den Ortsverein entschieden mit:

Michael Schwab als 1. oder 2. Vorsitzender (bis Oktober 1950), Georg Schwab als Kassier.

Kommunalwahlen 1946 und 1948

Am 2. Februar 1946 begann die erste, aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Stadtratsperiode, die durch Gesetz auf eine zweijährige Amtszeit beschränkt wurde. In dieser Wahl wurde der von den US-Truppen eingesetzte Bürgermeister Friedrich Hummel von Johann Kupfer (1946-1948) abgelöst. Für die SPD wurden Julius Engler (Hafner), Georg Schwab (Zimmermann) und Leonhard Brechetsbauer (Vorarbeiter) in den Stadtrat gewählt.

Nach dem neuen Gemeindewahlgesetz vom 27. Februar 1948 fanden bereits am 25. April die zweiten Stadtratswahlen statt. Zum Bürgermeister wählten die Heilsbronner Georg Döllgast (1948-1958). Für die SPD kandidierten neben den 1946 gewählten Stadträten Erich Kopatz (Schulleiter), Waldemar Heyduck (Malermeister), Georg Böttinger (Schreiner), Leonhardt Gräfensteiner (Maurer), Leonhardt Heß (Landwirt) und Konrad Sörgel (Metallschmelzer). Wiedergewählt wurden die bereits seit Februar 1946 im Stadtrat vertretenen SPD-Mitglieder. Julius Engler war dabei über drei Wahlperioden 2. Bürgermeister der Stadt Heilsbronn, und Georg Schwab gehörte ab 1946 über 20 Jahre lang dem Stadtrat an.

1950-1963: Integration, Zweistaatlichkeit, Wirtschaftswunder

Die Bundesrepublik Deutschland

Die intensive Aufbauarbeit in den frühen 50er Jahren, die sich auf allen Ebenen des politischen, rechtlichen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens beobachten ließ, führte dazu, dass die Westmächte bereit waren, ihre Besatzungsrechte einzuschränken zu Gunsten einer nach und nach größeren Souveränität der Bundesrepublik. Durch die immer größer werdenden Ost-West Spannungen und die Ereignisse um den Korea-Krieg (1950) wurde die Bundesrepublik zunehmend stärker in das westliche Bündnis integriert und ein Partner des Westens.

Im gleichen Maße wie der Westen die BRD in seine staatlichen Systeme integrierte, versuchte die Sowjetunion ihren Herrschaftsbereich auszubauen bzw. zu stabilisieren. Im März 1950 erhielt die DDR ihre Scheinsouveränität. Die Oder-Neiße-Linie wurde als endgültige Grenze anerkannt. Die Prager Konferenz der Ostblockstaaten protestierte gegen westdeutsche Wiederaufrüstung. 1951 wurde eine Sperrzone entlang der Zonengrenze eingerichtet. Am 17. Juni 1953 schlug die sowjetische Armee den als Protestdemonstration der Arbeiter in (Ost-)Berlin begonnenen Volksaufstand nieder; 1955 wurde der Warschauer Pakt unterzeichnet. Chruschtschow sprach erstmals von „zwei deutschen Staaten“. Der stetige Flüchtlingsstrom aus der DDR schwächte zunehmend deren Volkswirtschaft. Als eine der Folgen davon wurde am 13. August 1961 die Mauer in Berlin errichtet.

Innerstaatliche Entwicklung der Bundesrepublik

Durch die Erfolge bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag wurde der innenpolitische Einfluss der 2. (1953) und 3. (1957, absolute Mehrheit der CDU/CSU) Regierung Adenauers entscheidend gegenüber der SPD gestärkt. Die maßgebenden Vertreter der SPD lehnten sowohl Adenauers Westorientierung als auch die Wiederbewaffnung der BRD ab, weil dadurch die sich zunehmend stärker abzeichnende Zweistaatlichkeit Deutschlands zementiert wurde. Wichtigster „Garant“ für die Wähler-

folge der CDU/CSU und der innenpolitischen Stabilität war ein durch die Marshallplanhilfe in Gang gesetzter und durch die Währungsreform unterstützter wirtschaftlicher Aufschwung. Die Wirtschaftsentwicklung in den 50er Jahren, die Ausgestaltung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems zur sozialen Marktwirtschaft, führte zu einem relativen Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten und erleichterte die soziale Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, die Beseitigung der Kriegsfolgenlasten sowie die Rentenreform 1957.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die schlimme Wahlniederlage der SPD 1957 bewirkten, dass sich die Partei in ihrem Godesberger Programm 1959 marktwirtschaftlichen Argumenten gegenüber öffnete. 1960 vollzog Herbert Wehner in einer programmatischen Rede vor dem Bundestag die Annäherung der sozialdemokratischen Außen- und Deutschlandpolitik an die der Regierung Adenauer. Im selben Jahr bestimmte der SPD-Parteirat einstimmig Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten.

In Folge der Spiegel-Affäre wurde 1962 eine erneute Koalition aus CDU/CSU und FDP gebildet, der Franz-Josef Strauss nicht mehr angehörte. 1963 trat Konrad Adenauer vom Amt des Bundeskanzlers zurück, der Bundestag wählte Ludwig Erhard zum neuen Bundeskanzler.

Landtagswahlen in Bayern

Bei den Wahlen zum bayerischen Landtag 1950 wurde die SPD erstmals stärkste Partei. Sie erhielt 28 Prozent der abgegebenen Stimmen, die CSU fiel mit 27,4 Prozent hinter ihre früheren Ergebnissen zurück. Die Bayernpartei (BP) und der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) erzielten 19,9 bzw. 12,3 Prozent. Hans Ehard (CSU) führte eine Koalition aus CSU und SPD als Ministerpräsident. Wilhelm Hoegner (SPD), Innenminister, brachte im Landtag den Gesetzentwurf für eine neue Gemeindeordnung ein. Damit sollten die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und die demokratische Mitwirkung der Gemeindebürger verbessert werden.

Aus der dritten Landtagswahl ging 1954 die CSU mit 38,0 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. Die SPD gewann 0,1 Prozent hinzu, war aber mit 28,1 Prozent nicht mehr stärkste Partei Bayerns. Eine Fortsetzung der Koalition mit der CSU scheiterte. Deshalb wurde der 67-jährige Wilhelm Hoegner (SPD), der bereits 1945/46 Ministerpräsident gewesen war, am 14.12.1954 zum Ministerpräsidenten einer Vier-Parteien-Koalition gewählt (Bayernpartei (BP), Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), FDP und SPD). Diese setzte sich vor allem eine Reform der Lehrerausbildung zum Ziel. 1957 platzte diese Koalition und wurde durch eine Regierung aus CSU, BHE und FDP unter Hanns Seidel ersetzt.

Bei der Landtagswahl 1958 erhöhten SPD und CSU ihren Stimmenanteil auf Kosten der kleineren Parteien. Der Trend zum bayerischen Zwei-Parteien-System setzte sich fort. Die CSU erhielt 45,6%, die SPD 30,8%. Die übrigen Parteien blieben jeweils unter 10% Stimmenanteil, das Kalkül der „Kleinen“ für den Bruch der Vierer-Koalition war also nicht aufgegangen. Hanns Seidel wurde zum zweiten Mal Ministerpräsident in einer Regierungskoalition aus CSU, FDP und BHE.

Trotz massiver öffentlicher Angriffe gegen den CSU-Vorsitzenden und Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauss wegen der Spiegel-Affäre, erreichte die CSU mit 47,5% der Stimmen bei den Landtagswahlen 1962 die absolute Mehrheit der Mandate. Die SPD erhielt 35,3%, FDP und BP lagen unter 6%. Alfons Goppel wurde zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Er führte dieses Amt bis 1978.

Kommunalwahlen 1960 in München

Bei den Kommunalwahlen 1960 konnte die CSU mit 36% der abgegebenen Stimmen ihre Spitzenposition nur hauchdünn behaupten. Die SPD errang mit einer deutlichen Steigerung von 5,9% im Vergleich zu 1956 einen Stimmenanteil von 35,4%. Die großen Wahlverlierer waren wiederum die kleinen Parteien. Großes Aufsehen und Bestürzung bei der CSU erreichte die Wahl

des SPD-Politikers Hans-Jochen Vogel zum Oberbürgermeister von München. Mit 53,4% der Stimmen siegte er deutlich über Justizminister Josef Müller („Ochsensepp“) und war mit 34 Jahren der jüngste OB der Bundesrepublik.

Die Stadt Heilsbronn

In Heilsbronn wurde der von 1948 an amtierende Bürgermeister Georg Döllgast im Jahr 1958 von Karl Waßner (Bürgermeister bis 1972) abgelöst. Die Einwohnerzahl stieg zwischen 1949 und 1963 von 3.535 auf 4.764 an. Für die Stadt bedeutete das einen erneuten hohen Zuwachs von 35 Prozent innerhalb von 14 Jahren. Für die Wasserversorgung wurden zwei Tiefbrunnen gebohrt und der Hochbehälter erweitert. 1959 erfolgte die Grundsteinlegung der katholischen Kirche. Der Ansbacher Kreistag stimmte dem Projekt einer Mittelschule in Heilsbronn zu, die 1962/63 im dafür umgebauten alten Amtsgerichtsgebäude eingerichtet wurde. 1960 wurde die Schulturnhalle an der Nürnberger Straße errichtet und die Umstellung der Stromversorgung auf 220 Volt abgeschlossen; rund 90% des Stadtgebietes waren kanalisiert. 1961 erfolgte die Weihe der katholischen Kirche, 1962 die Einweihung des evangelischen Gemeindehauses (Refektorium).

Ab 1960 zeichnete sich auch in Heilsbronn eine Verstärkung der Industrialisierung ab. In diesem Zusammenhang tauchte ein bislang unbekanntes Problem auf: Mangel an Arbeitskräften. Die Stadt appellierte an die ca. 700 Auspendler, doch ihr Auskommen in Heilsbronn zu suchen.

Der SPD-Ortsverein

In den Jahren 1950-1957 wurde die SPD in Heilsbronn von Josef Schwarz geführt. Sein Vertreter war Michael Schwab. Als vorrangigste Aufgabe in der Stadt wurde von der SPD die Behebung der Wohnungsnot durch verstärkten Neubau gesehen. Mit der Ansiedlung von industriellen Betrieben sollten Arbeitsplätze geschaffen und die „Berufsnot“ der Jugendlichen behoben



Josef Schwarz, 1. Vorsitzender, von 1950 bis 1957

werden. Die SPD setzte sich auch dafür ein, dass die damalige Struktur der Heilsbronner Schule nicht geändert wurde und die Kinder trotz Schulorganisationsgesetz weiter gemeinsam unterrichtet werden konnten. Der ausdauernde Einsatz für die Bewältigung dieser Aufgaben brachten für die SPD bei den Kommunalwahlen 1952 ein sehr gutes Ergebnis: Sie gewann 4 Stadtratssitze (Julius Engler, Georg Schwab, Josef Schwarz und Georg Böttinger) und mit Josef Schwarz ein Kreistagsmandat.

Im Zuge der Bevölkerungszunahme entwickelte sich auch die Anzahl der Mitglieder im Ortsverein positiv und stieg auf 41 im Jahr 1954. Bei der Kommunalwahl 1956 verlor die SPD einen Sitz. Julius Engler, Georg Schwab und Josef Schwarz wurden erneut in den Stadtrat gewählt, Josef Schwarz vertrat die Interessen der Stadt im Kreistag.

1957 war für den Ortsverein kein gutes Jahr. Mit dem Tod von Josef Schwarz am 11. August verlor der Ortsverein nicht nur den



Michael Schwab, 1. Vorsitzender von 1946 bis 1950 und von 1965 bis 1966



Helmut Uihlein, 1. Vorsitzender von 1957 bis 1963

langjährigen aktiven Vorsitzenden, sondern auch einen erfahrenen Stadt- und Kreirat, der sich vorrangig für die Belange der Arbeitnehmerschaft eingesetzt hatte. Die Verantwortung für die Führung des Ortsvereins wurde dem jungen Helmut Uihlein übertragen, der den Ortsverein von 1957 an führte, bis er 1963 nach Scheinfeld umzog, wo er weiterhin als Stadt- und Kreirat wirkte. Bei den Kommunalwahlen 1960 errang Michael Schwab einen Sitz im Kreistag, den er trotz seines hohen Alters bis zum Ablauf der Wahlperiode ausfüllte.

1963-1969: Erste Wirtschaftskrise

Die Bundesrepublik Deutschland

Bei der Bundestagswahl 1961 verlor die CDU/CSU ihre absolute Mehrheit. 1962 verursachte die „Spiegel-Affäre“ einen innenpolitischen Skandal, der das demokratische Staatswesen einer schweren Belastungsprobe unterzog und das Ende der Ära Adenauer ankündigte. Wirtschaftlich waren zwar Beschäftigungs- und Lohnzuwächse zu verzeichnen, ein Inflationsrekord deutete jedoch bereits auf künftige Krisen hin. 1963 erzwang die mitregierende FDP Adenauers Rücktritt. Am 16. Oktober 1963 wählte der Bundestag Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard zum neuen Bundeskanzler. 1965 wurde er in diesem Amt bestätigt.

Der Konjunkturereinbruch 1966 bremste das „Wirtschaftswunder“. Bundeskanzler Erhard konnte die innen- und außenpolitische Stagnation nicht überwinden und trat im November 1966 nach dem Streit mit dem Koalitionspartner FDP um das Haushaltsdefizit zurück. Der politische Ausweg aus dieser Situation wurde in der Bildung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Kurt Georg Kiesinger (CDU) als Bundeskanzler und Willy Brandt (SPD) als Außenminister gesucht. Die Große Koalition führte zu einer Schwächung der parlamentarischen Opposition und u.a. als Reaktion hierauf zur Bildung der außerparlamentarischen Opposition (APO).

1967 wurde bei einer Anti-Schah Demonstration in Berlin der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen. Daraufhin erschütterten Demonstrationen die ganze Bundesrepublik. Nach dem Attentat auf den Führer des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Rudi Dutschke, kam es 1968 zu Protestaktionen („Osterunruhen“), bei denen in München zwei Demonstranten getötet werden. Gegen den Widerstand von APO und FDP verabschiedete die Große Koalition 1968 die Notstandsgesetze.

1969 musste die CDU nach 20 Jahren ihre Regierungsmacht abgeben. Die Große Koalition wurde durch eine Sozialliberale

Koalition abgelöst. Die Regierung Brandt/Scheel trat mit zwei Leitgedanken an: „Wandel durch Annäherung“ (Egon Bahr) war das Motto der außenpolitischen Öffnung nach Osten, „Mehr Demokratie wagen“ das der neuen Innenpolitik.

Bayern

Bayern hatte sich zwischen 1945 und 1969 mit ungewöhnlicher Geschwindigkeit vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt. Der Anteil der ländlich-bäuerlich Beschäftigten sank von 34% auf 13,2%. In den 60er Jahren waren in Bayern überdurchschnittliche Wachstumsraten bei der Produktivität zu verzeichnen, mit allen Konsequenzen für die Bevölkerung: 31,7% der Arbeitenden mussten auf Grund des wirtschaftlichen Wandels und technischen Fortschritts ihren Beruf wechseln. Die Zahl der Handwerksbetriebe nahm von 206 Tausend 1954 auf 133 Tausend 1968 dramatisch ab. Auf Grund der Einstellung auf weiteres Wachstum traf deshalb die Rezession der Jahre 1966/67 Bayern besonders hart. Die Arbeitslosenquote lag in Bayern mit 5,3% deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 3,1%. In einigen ostbayerischen Landkreisen erreichte die Arbeitslosenquote 40%. Erst 1968 zog die Konjunktur auch in Bayern wieder stark an.

Beim ersten Volksentscheid zur Änderung der Bayerischen Verfassung billigten 1968 die Wähler die Einrichtung von konfessionellen Gemeinschaftsschulen. 1969 kam es in Bayern, wie in vielen anderen Regionen der Bundesrepublik, zu spontanen Streiks wegen der als zu hoch empfundenen Unternehmensgewinne.

Landtagswahlen

Bei der Landtagswahl 1966 erhielt die NPD 7,4% der Stimmen und zog mit 15 Abgeordneten nach Hessen nun auch in Bayern erstmals in den Landtag ein. Die CSU konnte mit 48,1% ihre absolute Mehrheit verteidigen und wählte den 61-jährigen Alfons Goppel erneut zum Ministerpräsidenten. FDP und BP

scheiterten an der 5%-Hürde. Die SPD gewann 35,8% und behielt damit ihre 79 Sitze. Die NPD war dort am stärksten, wo der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen besonders hoch war. Deren traditionelle Partei GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) sank zur Bedeutungslosigkeit herab. Beobachter führten den Aufstieg der NPD auf die bundesweite Wirtschaftskrise zurück, die Bayern besonders hart traf.

Die Stadt Heilsbronn

Die Einwohnerzahl stieg zwischen 1963 und 1969 von 4.764 auf 4.896 Einwohner an. Nach dem bisher eher stürmisch zu nennenden Wachstum war dies ein mäßiger Einwohnerzuwachs von 2,8 Prozent innerhalb von 6 Jahren. Es wurden im Jahr 1964 815 Wohngebäude und 741 Auspendler gezählt. 1965 wurde das Schulhaus der heutigen Grundschule erweitert; 1966 der erste Erweiterungsbau der Realschule eingeweiht, die ab 1967 auch von ersten Gastschülern besucht wurde. 1966 ernannte die Stadt den Geistlichen Rat Hans Hausmann zum Ehrenbürger.

Die Industrialisierung in Heilsbronn erlebte 1964/65 mit der Ansiedlung der Spielzeugfirma Fleischmann ihren ersten Höhepunkt. Die ortsansässigen Firmen Kupfer und Sellnar erweiterten stetig ihre Produktion. Insgesamt nahm die Zahl der in Heilsbronn im produzierenden Gewerbe und in der Industrie Beschäftigten um 13,5 bzw. 19,9 Prozent zu. Auch in den Baubetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter zwischen 1959 und 1969 um 28 Prozent.

Für die 741 Auspendler, die 1964 in Heilsbronn gezählt wurden, und für die weitere Entwicklung der Stadt war die Anbindung an das Bahnnetz von erheblicher Bedeutung. Gleiches gilt für die Straßenverkehrsanbindung: 1967 wurde die Bundesstraße B 14 verlegt. Durch die Erweiterung der Realschule gewann Heilsbronn mehr Gewicht als Mittelzentrum.

Der SPD-Ortsverein

Nach dem Wegzug von Helmut Uihlein wurde Eugen Kragl zum Vorsitzenden gewählt, der im November 1965 sein Amt bereits wieder niederlegte. Michael Schwab führte den Ortsverein bis zur Neuwahl des Vorstandes 1966. Ab diesem Zeitpunkt übernahmen Wilhelm Schwarzer und sein Stellvertreter Hans-Dietrich Meyer die Führung des Ortsvereins. Besonders geehrt wurde 1966 Georg Schwab, der 20 Jahre Stadtratsmitglied und Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat gewesen war.



Eugen Kragl, 1. Vorsitzender von 1963 bis 1965

1967 beschloss der Ortsverein, sich eine Satzung gemäß § 9 des Ortsvereinsstatuts der Partei zu geben. In der Jahreshauptversammlung 1968 wurden Konrad Schröder als 2. Vorsitzender und Heinrich Rühling als Kassier neu in den Vorstand gewählt.

Bücher statt Wahlwerbung – Bundestagswahlen in Heilsbronn

In der Jahreshauptversammlung 1965 beschloss der Vorstand für die anstehende Bundestagswahl auf einen mit Plakaten und Werbeschriften groß angelegten Wahlkampf zu verzichten und das eingesparte Geld für eine Buchspende zu Gunsten der Volksschule zu verwenden. Rektor Schürer bedankte sich „für die großzügige Buchspende der SPD“, die es ermögliche, „das Fachwissen zu erweitern und die politische Bildung der Schuljugend zu fördern“.

Das Wahlergebnis der Bundestagswahl in Heilsbronn war mit 28,5% der Stimmen für die SPD ein großer Erfolg. Konrad

Porzner aus Ansbach wurde als Bundestagsabgeordneter wiedergewählt. Bei den Bundestagswahlen 1969 konnte dieses Ergebnis mit einem Zuwachs von 4,7% auf 33,2% nochmals verbessert werden.

Kommunalwahlen 1966



Wilhelm Schwarzer, 1. Vorsitzender von 1966 bis 1972 und von 1973 bis 1981

Bei den Kommunalwahlen 1966 kandidierten 8 Mitglieder für die SPD: Georg Anselstetter, Wilhelm Schwarzer, Heinrich Rühling, Harry Rattel, Konrad Schröder, Hans-Dietrich Meyer, Viktoria Papendick und Franz Pauly. Die SPD errang 3 von 16 Sitzen: Georg Anselstetter, Wilhelm Schwarzer, Heinrich Rühling. Auch im Kreistag war die SPD Heilsbronn mit Wilhelm Schwarzer und Walter Schmidt (Bonnhof) wieder gut vertreten.

Aus der Fraktion

Fraktionssprecher Georg Anselstetter berichtete auf der Jahreshauptversammlung 1968, dass die SPD-Fraktion weiter vehement für die Mädchenrealschule kämpfen werde. Der mit der CSU-Mehrheit im Kreistag gefasste Beschluss, der Heilsbronner Realschule keine Mädchenabteilung anzugliedern, sei enttäuschend. Die Bemühungen um die Erweiterung der Realschule und die Zulassung von Mädchen führten dazu, dass noch 1969 mit dem Erweiterungsbau begonnen werden konnte.

Des Weiteren war die SPD treibender Motor für die Errichtung von Kinderspielplätzen und für den Neubau des Freibades. Auch die Forderung, in der Stadtmitte eine Bedürfnisanstalt (WC) einzurichten, konnte 1969 ebenso als erfüllt abgehakt werden wie der seinerzeit mit Nachdruck geforderte Waldspielplatz „Am Eichenhain“.

Am 26. Februar 1969 berichtete die Fränkische Landeszeitung unter der Überschrift „Positive Arbeit und steigende Mitgliederzahlen bei der SPD“, die SPD sei die einzige politische Gruppe in Heilsbronn, die durch öffentliche Diskussion aktueller politischer Themen in Versammlungen und Frühschoppen die politische Meinungsbildung der Bevölkerung anregt. Die steigenden Mitgliederzahlen, das Abstimmungsergebnis zur Gemeinschaftsschule und die gegen die NPD gerichtete „Demokratische Aktion“ konnten als Erfolge des Jahres 1968 verzeichnet werden.

1969-1974:

Sozialliberale Reformen und Aufbruchstimmung

Die Bundesrepublik Deutschland

Die Ziele der neuen SPD/FDP-Koalition „Wandel durch Annäherung“ und „Mehr Demokratie wagen“ trugen bald Früchte: 1970 trafen sich der Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, und Bundeskanzler Willy Brandt zunächst in Erfurt, später in Kassel zu Gesprächen, um die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu verbessern. Brandt besuchte die Sowjetunion zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags. Bei seinem Polenbesuch legte er am Denkmal des unbekanntenen Soldaten und an der Gedenkstätte des Warschauer Ghettos Kränze nieder.

Im Zusammenhang der neuen Entspannungspolitik kam es im Juni 1971 zu einem Berlinabkommen (u.a. Regelung des Transitverkehrs zwischen der BRD und West-Berlin) zwischen den vier Siegermächten. Für seine Entspannungspolitik wurde Willy Brandt mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. 1972 scheiterte im Bundestag ein Misstrauensvotum der Union gegen Brandt. Bei den Wahlen im selben Jahr errang die SPD erstmals die Mehrheit der Bundestagssitze. Willy Brandt blieb Kanzler einer SPD/FDP-Koalition.

Die bayerische Staatsregierung scheiterte 1973 vor dem Bundesverfassungsgericht mit ihrer Normenkontrollklage gegen den 1972 abgeschlossenen Grundlagenvertrag der Bundesrepublik mit der DDR. Damit fand eine der erbittertsten Kontroversen in der BRD ihren Abschluss. Die CDU/CSU sah in dem Abkommen eine Anerkennung der deutschen Teilung. Die SPD/FDP-Koalition erhoffte sich dagegen Erleichterungen für die Menschen in der DDR.

Anlässlich der Aufnahme der BRD in die Vereinten Nationen sprach Brandt 1973 als erster deutscher Bundeskanzler vor der UN-Vollversammlung. Die Bundesrepublik wurde zusammen mit der DDR Mitglied der UNO.

Die Enttarnung seines persönlichen Referenten Günter Guillaume als DDR-Agent löste 1974 den Rücktritt von Bundes-

kanzler Willy Brandt aus. Die sozialliberale Reform- und Aufbruchstimmung, die sich am auffälligsten in der Steigerung der Sozialleistungsquote von 25,5% des Bruttoinlandsprodukts 1969 auf 33,4% im Jahre 1975 zeigte, machte einer allgemeinen Ernüchterung Platz: Mit Beginn der Erdölkrise – ausgelöst durch den Jom-Kippur-Krieg in Israel 1973 – trat die Bundesrepublik in eine Phase der Rezession ein; Arbeitskämpfe, politische Polarisierung und terroristische Aktivitäten prägten das innenpolitische Klima. Reformvorhaben wie das Abtreibungsrecht, Mitbestimmungs- und Bildungspolitik kamen nicht voran, weil sie nicht mehr finanziert werden konnten oder am Widerstand des kleineren Koalitionspartners, des unionsdominierten Bundesrates oder am Bundesverfassungsgericht scheiterten.

Bayern

Beim zweiten Volksentscheid zur Änderung der bayerischen Verfassung sprach sich 1970 eine knappe Mehrheit für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18 Jahre und des passiven Wahlalters auf 21 Jahre aus. 1972 wurden in München die XX. Olympischen Sommerspiele eröffnet. Die Landkreisreform reduzierte die Zahl der Gemeinden von 4.456 auf 2.644 und die Zahl der Landkreise von 143 auf 71.

1973 wurde in einer Volksabstimmung die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks verfassungsmäßig gesichert. Gleichzeitig stimmten die Wähler in einer weiteren Volksabstimmung dafür, die bis dahin für mindestens einen der sieben Wahlbezirke geltende 10%-Sperrminorität bei Landtagswahlen durch die landesweit geltende 5%-Klausel abzulösen. Seitdem haben regionale Parteien kaum noch Chancen, in den Landtag einzuziehen.

Landtagswahlen

Bei den Landtagswahlen im November 1970 erhielt die CSU mit 56,4% die absolute Mehrheit. Für die SPD stimmten 33,3%, die FDP kehrte mit 5,6% wieder in den Landtag zurück. Die NPD zog nicht mehr in den Landtag ein. Der am 8. Dezember ver-

eidigte Ministerpräsident Goppel übertrug an Max Streibl das erste Umweltministerium in einem deutschen Bundesland.

Aus den Wahlen zum bayerischen Landtag 1974 ging die CSU abermals mit der absoluten Mehrheit hervor. Sie erhielt 62,1% der Stimmen, die SPD 30,2%, die FDP 5,2%. Alfons Goppel wurde in der konstituierenden Sitzung des Landtags zum vierten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Stadt Heilsbronn

Die Jahre 1971-1978 standen im Zeichen der eingeleiteten Gemeindegebietsreform. Weiterndorf schloss sich am 1. April 1971 an Heilsbronn an. Betzendorf, Böllingsdorf, Bonnhof, Bürglein, Göddeldorf, Gottmannsdorf, Ketteldorf, Müncherlbach, Markttriebendorf, Seitendorf und Trachenhöfstatt folgten 1972. 1978 kamen dann noch Weißenbronn, Triebendorf, Betzmannsdorf, Höfstetten und Neuhöflein hinzu. Bürgermeister Alfred Knoll (1972-1984) konnte am Ende der Gebietsreform ca. 7.000 Einwohner zählen und eine Fläche von ca. 5.500 Hektar als Stadtgebiet.

Neben den Gemeinden wurde auch der Landkreis Ansbach neu gegliedert. Die Landkreise Dinkelsbühl, Feuchtwangen und Rothenburg wurden dem Landkreis Ansbach eingegliedert, der dadurch zum flächengrößten Bayerns wurde.

Die Eingemeindungen führten zu erneuten Raumproblemen bei den Schulen. Für die Jahrgangsklassen mit über 650 Schülern reichten die Klassenzimmer nicht aus. Zwei Klassen mussten für mehrere Jahre nach Weißenbronn ausgelagert werden. 1970 wurde der zweite Erweiterungsbau der Realschule begonnen und der Name „Markgraf-Georg-Friedrich-Realschule“ vergeben. Ab 1972 wurde im Stadtrat über den Neubau einer Hauptschule diskutiert. Die Großschlachtereier Kupfer zog um auf das Betriebsgelände am Mausendorfer Weg.

Im Stadtrat fand ein Antrag der SPD-Fraktion, einen gerechten Modus für die Kanalbenutzungsgebühren einzuführen, der das

für die Gärten verwendete Leitungswasser nicht berechnet, keine Mehrheit. Die SPD-Fraktion forderte weiterhin den baldigen Neubaubeginn des Freibades, das 1973 fertiggestellt wurde.

Der SPD-Ortsverein

Die Jahreshauptversammlung 1970 bestätigte den bestehenden Vorstand. Die Versammlung gedachte insbesondere des verstorbenen Michael Schwab, der sein Leben lang für die sozialdemokratischen Ideen gekämpft hatte. Selbst persönliche Nachteile für sich und seine Familie, bis hin zur Haft, konnten ihn auch in der Zeit um 1933 hiervon nicht abhalten.

Die eingeleitete Gemeindegebietsreform machte es notwendig, die Ortsvereine der betroffenen Gemeinden zusammenzuführen. 1972 beschlossen die beiden Ortsvereine Heilsbronn und Bürglein/Bonnhof in einer gemeinsamen Jahreshauptversammlung einvernehmlich die Zusammenlegung. Der bisherige Vorsitzende des Ortsvereins Bürglein/Bonnhof, Walter Schmidt, wurde dabei mit großer Mehrheit zum 1. Vorsitzenden gewählt, sein Stellvertreter wurde Konrad Schröder. 1973 übernahm erneut Wilhelm Schwarzer den 1. Vorsitz und wurde in seinem Amt 1974, ebenso wie sein Stellvertreter Konrad Schröder, bestätigt.

Für die Kommunalwahl am 11. Juni 1972 wurde Georg Anselstetter als Kandidat für das Amt des 1. Bürgermeisters nominiert. Seit 1970 war er Mitglied des Kreistags, nachdem durch die Eingemeindung von Eyb nach Ansbach ein Sitz im Kreistag frei geworden war.



Walter Schmidt, 1. Vorsitzender 1972 bis 1973

Im Herbst 1972 gründete sich in der allgemeinen Aufbruchstimmung, die durch die neue Offenheit und die Ostpolitik der Regierung Willy Brandts entstand, eine JUSO-Arbeitsgemeinschaft, die sich aber bereits nach zwei Jahren wieder auflöste.

Bundestags- und Kommunalwahlen 1972

Bei der Bundestagswahl konnte die SPD vor Ort 37% der Stimmen gewinnen. Bei der Kommunalwahl gewann die SPD 5 von 20 Stadtratssitzen: Georg Anselstetter, Wilhelm Schwarzer, Walter Schmidt, Johann Heinisch, Erhard Warnick. Für die Wahl des 1. Bürgermeisters war eine Stichwahl zwischen Georg Anselstetter und Alfred Knoll erforderlich, aus der Alfred Knoll als

Gewinner hervorging. Georg Anselstetter wurde vom Stadtrat zum 2. Bürgermeister gewählt. Erstmals waren im Kreistag des neuen Ansbacher Landkreises keine SPD-Vertreter aus Heilsbronn vertreten.

Bürgerkomitee gegen den Rangierbahnhof

Im Herbst 1973 gründete sich ein Bürgerkomitee gegen den geplanten Rangierbahnhof im Nordosten von Heilsbronn. Alle Mandatsträger der SPD arbeiteten in diesem überparteilichen Komitee mit. Mit Erfolg – der Rangierbahnhof wurde verhindert.

1974-1982: Reformen trotz Rezession, Anti-Atomkraft-, Frauen- und Friedensbewegung, NATO-Doppelbeschluss

Die Bundesrepublik Deutschland

1974 setzte der neue Bundeskanzler Helmut Schmidt betont pragmatisch neue wirtschafts- und innenpolitische Akzente, um die ökonomischen Probleme zu bewältigen und den Terrorismus wirksamer zu bekämpfen. Der Bundestag ratifizierte 1974 nach knapp 10-jähriger Diskussion den Atomwaffensperrvertrag und verzichtete damit auf die Herstellung oder den Erwerb von Atomwaffen in nationaler Verfügbarkeit.

Anfang 1975 überstieg die Arbeitslosenquote erstmals die 5%-Marke. Die Bundesrepublik befand sich in der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit. Die wachsende Staatsverschuldung zwang zu unpopulären Maßnahmen; zugleich sollten Investitionszulagen zur Belebung der Konjunktur beitragen. Eine Reihe von spektakulären Aktionen und Anschlägen linker Untergrundorganisationen provozierten zunehmend harte Reaktionen der politischen Führung. Oppositionsbewegungen, die außerhalb der herkömmlichen politischen Formen und Themenfelder für Veränderungen eintraten, gewannen Kontur: Die Antiatomkraft- und die neue Frauenbewegung standen am Beginn neuer, nicht mehr von studentischem Protest oder gewerkschaftlichem Arbeitskampf geprägter sozialer Auseinandersetzungen.

1977 erreichte der Terror der RAF („Rote Armee Fraktion“) seinen Höhepunkt und erschütterte die Gesellschaft der Bundesrepublik schwer. Der Fall des wegen seiner Tätigkeit als „furchtbarer NS-Jurist“ (Der Spiegel) durch öffentlichen Druck zum Rücktritt gezwungenen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger offenbarte die zeitgeschichtlichen Verdrängungsleistungen der Bundesrepublik.

1979 fanden die ersten Direktwahlen zum Europaparlament statt. Um der nuklearen Vormacht des Warschauer Pakts in Europa entgegenzuwirken, fasste die NATO 1979 den „Doppelbeschluss“ über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa für den Fall des Scheiterns vorheriger Abrüstungs-

verhandlungen. Aus allen gesellschaftlichen Schichten protestierten die Menschen gegen den Rüstungswettlauf und gegen die Stationierung von atomaren US-Mittelstreckenraketen in Europa. Innerhalb der SPD kam es zu Auseinandersetzungen über Bundeskanzler Schmidts Kurs in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Bei der Bundestagswahl 1980 wurde die sozialliberale Koalition eindrucksvoll bestätigt. Mit Franz-Josef Strauß als Spitzenkandidat erzielte die CDU/CSU ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949. Differenzen von SPD und FDP in der Wirtschaft- und Sozialpolitik sprengten jedoch bereits 1982 die sozialliberale Koalition. Helmut Schmidt wurde durch ein konstruktives Misstrauensvotum als Bundeskanzler gestürzt. Die FDP ging ein neues Regierungsbündnis mit der CDU/CSU ein.

Bayern

Zum ersten mal seit der Rezession von 1966/67 machte sich 1975 in Bayern ein deutlicher Rückgang bei den so genannten „Gastarbeitern“ auf nur noch 325 Tausend bemerkbar. Der erste Atomunfall mit Todesfolge im Atomkraftwerk Gundremmingen ließ Zweifel an den Sicherheitsbetuerungen der Kernkraft-Befürworter aufkommen. 1980 kamen bei einem der rechtsradikalen Szene zuzurechnenden Bombenanschlag auf dem Münchener Oktoberfest 13 Menschen ums Leben, 219 wurden verletzt.

1981 wurden nach einer Demonstration im Nürnberger Jugendzentrum „Komm“ 164 vorwiegend Jugendliche wegen Verdachts auf Landfriedensbruch festgenommen. Die Jugendlichen blieben tagelang inhaftiert, die Eltern erhielten keine amtliche Mitteilung über den Verbleib ihrer Kinder.

Vor dem bayrischen Verfassungsgerichtshof konnte sich die 19-jährige Christine Schanderl mit ihrer Auffassung durchsetzen, dass das generelle Verbot politischer Werbung in Lehranstalten durch die bayerische „Allgemeine Schulordnung“ verfassungs-

widrig sei. Die Schülerin war von einem Regensburger Gymnasium verwiesen worden, weil sie eine Plakette mit der Aufschrift „Stoppt Strauß“ getragen hatte.

Wahlen in Bayern

Bei den Kommunalwahlen 1978 nahm die CSU der SPD alle Münchener Wahlkreise ab und stellte mit Erich Kiesel den Oberbürgermeister. Landesweit erzielte die CSU 53,4% der abgegebenen Stimmen und verbesserte sich gegenüber 1972 um 7,3%. Die 30,3% der SPD bedeuteten dagegen einen Verlust von 6,5%. Bei den im gleichen Jahr stattfindenden Landtagswahlen erhielt die CSU 59,1% der Stimmen, die SPD 31,4% und die FDP 6,2%. In der konstituierenden Sitzung des Landtags wurde Franz Josef Strauß als Nachfolger von Alfons Goppel zum Ministerpräsidenten gewählt.

Bei den Landtagswahlen 1982 verteidigte die CSU mit 58,3% ihre absolute Mehrheit. Die SPD erreichte 31,9%. Die Grünen (4,6%) und die FDP (3,5%) scheiterten an der 5%-Hürde. Franz Josef Strauß wurde zum zweiten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Stadt Heilsbronn

1975-1978 wurde die neue Hauptschule an der Ansbacher Straße gebaut, wo man 1979 erstmals eine zweisprachige Grundschulklasse mit einem türkischen Lehrer einrichtete. Das mittelalterliche, im Kern auf das Jahr 1367 zurückgehende Bauernhaus in Höfstetten wurde 1980 zur Versetzung in das Fränkische Freilandmuseum abgebrochen. 1981 wurde die Doppelturnhalle für die neue Haupt- und Realschule eingeweiht (Baukosten mit Hauptschule über 10 Mio. DM). 1982 beging die Stadt das 850-jährige Jubiläum der Klosterstiftung sowie ihr 50-jähriges Stadtjubiläum.

Die Gemeindegebietsreform machte es erforderlich, Kläranlagen zu errichten sowie Straßen und Schulen auszubauen. Die Grund- und Hauptschule umfasste 20, die Realschule 12 Klas-

sen. Im Herbst 1978 kam die Misere um die Sparkasse an die Öffentlichkeit. Die Folge hiervon war, dass die Sparkasse Heilsbronn ihre Selbstständigkeit verlor.

Mit dem Ölpreisschock 1980 wurde das Ausgabeverhalten der Stadt sparsamer. Die Verschuldung der Gemeinde pro Einwohner betrug 902 DM im Vergleich zu 8.000 DM pro Bundesbürger. Die Zuzüge und die Gewerbeanmeldungen waren weiter steigend, Geburten und Sterbefälle hielten sich die Waage; die Zahl der Baugesuche war rückläufig.

Bürgermeister- und Kommunalwahl 1978

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Kommunalwahl 1978 setzte sich der Vorstand 1976 das Ziel, die Bürger von Heilsbronn mit einer eigenen Zeitung, der „Klösterer Rundschau“, besser zu informieren. Mit viel Einsatz, Idealismus und finanziellen Opfern der Mitglieder wurden 27 Ausgaben bis zum März 1978 herausgegeben.



Stadtrat Heilsbronn im Jubiläumsjahr 1982

1977 erklärte Georg Anselstetter dem Ortsverein, dass er aus Altersgründen nicht mehr bereit sei, für das Amt des Bürgermeisters zu kandidieren. Das Amt sei nach seiner Auffassung nur mit vollem Einsatz zu bewältigen; vor allem die nervliche Belastung wollte er sich in seinem Alter nicht mehr aufbürden. Die Entscheidung traf den Ortsverein schwer. Nachdem kein eigener Kandidat für das Amt zur Verfügung stand, die SPD mit dem amtierenden Bürgermeister nicht zufrieden war, konnte nur mit einem Kandidaten, der von mehreren Gruppierungen getragen würde, ein Wechsel herbeigeführt werden. Nach langen und ausführlichen Debatten wurde der von der CSU nominierte Ansbacher Stadtkämmerer Robert Mehringer auch von der SPD unterstützt. In der Mitgliedschaft gab es hierüber harte Auseinandersetzungen, es kam aus Verärgerung über diesen Kurs zu Austritten. Robert Mehringer konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Der bisherige Amtsinhaber Alfred Knoll wurde eindeutig bestätigt. Die Fraktion der SPD im Stadtrat schrumpfte von 5 auf 3 Sitze. Neben Georg Anselstetter, der erneut zum 2. Bürgermeister gewählt wurde, zogen für die SPD Horst Bell und Walter Träger in den Stadtrat ein.

Der SPD-Ortsverein

1975 beschäftigte ein Ereignis die Öffentlichkeit und den Ortsverein. Am 9. Mai erklärte Erhard Warnick nach 15 Jahren Mitgliedschaft seinen Austritt aus der SPD. Er begründete dies mit dem Verhalten der SPD-Fraktion in der Frage des Neubaus der Hauptschule (Warnick besaß ein Architekturbüro). Obwohl er von der SPD-Fraktion aufgefordert wurde, sein Mandat zurückzugeben, damit der Wählerwille – fünf Mandate für die SPD – erhalten bliebe, lehnte er dies kategorisch ab.

Im Ortsverein gab es zwischen 1978 und 1982 deutliche personelle Veränderungen (vgl. dazu die Tabelle im Anhang). Die Risse in der sozialliberalen Koalition in Bonn wurden zunehmend deutlich. Forderungen der FDP, die von der Bundesregierung erfüllt wurden, konnten viele Mitglieder nicht nachvollziehen. Aus diesen Gründen erklärte am 24. Februar 1981 Wilhelm Schwarzer als 1. Vorsitzender des Ortsvereins Heilsbronn seinen Rücktritt. Die Mitgliederzahl sank deutlich auf nur noch 41 Mitglieder, das war nahezu der Stand von 1911 mit 40 Mitgliedern. Bei der erforderlichen Neuwahl des Vorstandes wurden Walter Träger zum 1. Vorsitzenden und Horst Bell zu seinem Stellvertreter gewählt.

1982-1990: Geistig-moralische Wende, Umbau des Sozialstaats, Wiedervereinigung

Die Bundesrepublik Deutschland

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) kündigte mit der „geistig-moralischen Wende“ eine Kursänderung an. Diese führte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem zu einer Reduzierung der Staats- und Sozialleistungsquote. Letztere sank dann auch von 33% (1982) auf 29,1% (1990). Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 1983 wurde die neue christlich-liberale Koalition von den Wählern klar bestätigt. Die Grünen zogen erstmalig in den Bundestag ein. Die Immissionsschutzverordnung wurde verabschiedet, um die Belastung der Wälder durch den sauren Regen (Waldsterben) zu vermindern. Das Bundesverfassungsgericht erklärte Teile des Volkszählungsgesetzes für verfassungswidrig und bestätigte damit die Befürchtungen zahlreicher Initiativen vor dem „gläsernen Bürger“. Hunderttausende gingen im Frühjahr und Herbst auf die Straße, um gegen die Stationierung von atomaren US-Mittelstreckenraketen zu demonstrieren. Sie konnten nicht verhindern, dass der Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsparteien beschloss, gemäß dem „NATO-Doppelbeschluss“ mit der Aufstellung der Raketen zu beginnen.

In einem der härtesten und längsten Tarifkonflikte seit Bestehen der Bundesrepublik erkämpften 1984 IG-Metall und IG-Druck für ihre Branchen die Einführung der 38,5-Stunden-Woche. Die Flick-Parteispenden-Affäre hinterließ in der Öffentlichkeit das Bild einer korruptiven Verflechtung von Politik und Wirtschaft. In einer weltweit stark beachteten Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes bezeichnete Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ und stieß in Deutschland eine neue Auseinandersetzung mit der NS-Zeit an.

Bei den 750-Jahr-Feiern 1987 in Berlin bestätigten die Staatsoberhäupter Frankreichs, Großbritanniens und der USA der Bevölkerung im Westteil der Stadt auch zukünftig ihre Sicherheitsgarantien. Mit seinem unbefangenen Appell: „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder“, löste US-Präsident Ronald Reagan zu diesem Zeitpunkt noch ungläubige Heiterkeit aus.

Dominierendes Thema 1988 war die lang angekündigte große Steuerreform der Bundesregierung. Sie brachte allerdings nicht die erwarteten Entlastungen für Familien und Geringverdiener, vielmehr wurden zur „Gegenfinanzierung“ Verbrauchssteuern und Abgaben erhöht. Mittleren und höheren Einkommen sowie Unternehmen ersparte das neue Steuergesetz jährliche Abgaben in Höhe von 19 Mrd. DM. Innenpolitisch war 1989 ein für die Regierung Kohl/Genscher zunehmend schwieriges Jahr. Die großen Reformpläne (Steuer- und Rentenreform) galten als nicht bewältigt oder gescheitert. Der Kohl-Regierung wurde weithin die Kraft zur politischen Gestaltung abgesprochen. Doch dann drängten historische Entwicklungen die innenpolitische Misere in den Hintergrund.

Die atemberaubenden Ereignissen in der DDR sowie in den anderen Ostblockländern bestimmten die Jahre 1989/90. Die Leipziger Montagsdemonstrationen und die immer stärker zerfallenden Autoritäten von Staats- und Parteimacht in der DDR gipfelten im Fall der Mauer am 9. November 1989. In nur sechs Monaten hatte sich die DDR faktisch aufgelöst. Dieser Prozess wurde eingeleitet, als ungarische Soldaten im Zuge der von Gorbatschow ausgehenden Politik der „Perestroika“ ab dem 2. Mai 1989 Grenzzäune zu Österreich abbauten. Der eiserne Vorhang war geöffnet. Es setzte eine Massenflucht aus der DDR ein. Gleichzeitig begannen in der DDR die Proteste über die manipulierte Kommunalwahl im Mai, die in die machtvollen Montagsdemonstrationen von Leipzig mit der Feststellung „Wir sind das Volk“ mündeten. Während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober kam es in mehreren Städten zu schweren Unruhen. Am gleichen Tag konstituierte sich in Schwandte (Oranienburg) die Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP). Am 6. November veröffentlichte das Politbüro das neue Reisegesetz der DDR, dies war jedoch zu spät. Die Massen forderten: „Die Mauer muss weg“. Ab dem 9. November wurden die Grenzen zum Westen überrannt. Alle Versuche, den Staat DDR noch zu retten, waren gescheitert. Nach heftigen

innenpolitischen Diskussionen und nach der Währungsunion wurde am 3. Oktober 1990 der Beitritt der fünf neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland vollzogen.

Diese Ereignisse waren auch Auslöser für die Auflösung des Warschauer Paktes, für die Selbstauflösung der Sowjetunion (1991), für das Ende des Kalten Krieges, für die Aufnahme von Ländern wie Polen, Tschechien oder Ungarn in die NATO und (ab 2004) in die Europäische Union und letztendlich das Ergebnis der Bemühungen Willy Brandts und seiner Regierungen, die Barrieren zwischen Ost und West zu überwinden und den Wandel durch Annäherung zu erreichen.

Bayern

In München wurde 1983 die „unabhängige, liberal-konservative Partei“ „Die Republikaner“ (REP) gegründet. Als erstes Bundesland verankerte Bayern 1984 den Umweltschutz in der Landesverfassung. Da er nicht als Grundrecht eingetragen wurde, besitzen die Bürger aber kein einklagbares Recht auf eine gesunde Umwelt.

1985 wurde mit der Entscheidung der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen, in Wackersdorf die erste kommerzielle Wiederaufbereitungsanlage (WAA) zu bauen, eine massive, die gesamte Bevölkerung ergreifende Protestbewegung initiiert. Im Oktober demonstrierten mehrere 10.000 Bürger gegen die WAA. Im Dezember wurden unter starkem Polizeischutz die Waldrodungen begonnen. Es kam zu massiven Protesten und harten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Nach der Reaktor-Katastrophe in Tschernobyl am 26. April 1986, durch die weite Teile der Bundesrepublik, insbesondere der Süden, radioaktiv verseucht wurden, lehnten nach einer Spiegel-Umfrage 83% der Bevölkerung den Bau weiterer Atomkraftwerke ab. 1987 erhitze in Folge der Tschernobyl-Katastrophe radioaktiv verseuchtes Molkepulver aus Bayern die Gemüter in der ganzen Bundesrepublik. Die Konsequenzen aus der nicht vollständig beherrschbaren

Atom-Technologie zog 1999 die erste SPD-Grünen Regierung mit dem Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergiewirtschaft. Doch erwog 2003 dieselbe Regierung den Verkauf der Hanauer Wiederaufbereitungsanlage für Plutonium-Brennstäbe an China.

Kommunal- und Landtagswahlen

Bei den Kommunalwahlen 1984 verlor in München die CSU ihre 1978 gewonnene absolute Mehrheit. In einer Stichwahl setzte sich Georg Kronawitter, der bereits von 1972-1978 OB war, mit 58,1% der Stimmen deutlich gegen Erich Kiesel (CSU) durch.

Bei den Wahlen zum bayerischen Landtag 1986 behielt die CSU mit 55,8% der Stimmen ihre absolute Mehrheit. Die SPD blieb mit 27,5% weit unter ihrem Wahlziel. Erstmals zogen mit 7,5% der Stimmen die Grünen in den Landtag ein. Die FDP scheiterte an der 5%-Hürde. Franz Josef Strauß wurde zum dritten Mal vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Am 3. Oktober 1988 verstarb Strauß auf einem Jagdausflug. Der Landtag wählte als seinen Nachfolger Max Streibl (CSU), der dieses Amt bis Mai 1993 bekleidete.

Die Stadt Heilsbronn

Mit dem neuen Stadtrat kam 1984 wieder Bewegung in die Stadtentwicklung. Es wurden neue Baugebiete erschlossen und seitens der Stadt preisgünstig bereitgestellt. Der neue Bauhof ging in Betrieb, das Konventshaus wurde renoviert und ausgebaut. Nach rund 20 Jahren Hin und Her konnte auch das Sportplatzproblem gelöst werden: Das Ketteldorfer Eck war als Standort für ein modernes Sportzentrum erworben worden, das mit dem Bau der Hohenzollernhalle allerdings erst 2002 vollendet wurde. Schwerpunkt bei der Industrieansiedlung war, die Expansion der heimischen Betriebe zu ermöglichen. Hierfür wurde das Gewerbegebiet Ost erschlossen: In Bonnhof-Bürglein wurde eine Kläranlage errichtet. Es wurde begonnen, die Stadt mit Erdgas zu versorgen und den Streusalzeinsatz im Winterdienst zu reduzieren. Eine lange Phase der Stagnation in der Heilsbronner Kommunalpolitik war damit überwunden.

1989 begann in der Stadt und im Landkreis Ansbach die öffentliche Diskussion um die Müllentsorgung. Nach annähernd einhalb Jahrzehnten ist dieses Thema heute so aktuell wie damals. Der Torso der Thermoselect-Anlage in Brodswinden wurde 2003 an den baden-württembergischen Energieversorger EnBW verkauft, und der Kreistag fällte die Entscheidung, den Restmüll aus dem Landkreis in den nächsten Jahren in Würzburg zu verbrennen.

Die Industrialisierung brachte auch für Heilsbronn eine deutliche Trennung von Wohnen und Arbeit. Noch immer übertraf die Zahl der Auspendler, die von ihrem Wohnort zum auswärtigen Arbeitsplatz fahren, die der Einpendler. Zwar verbesserte sich das Verhältnis, doch die wirtschaftliche Entwicklung deutete nicht auf weitere Firmen-Neugründungen hin, so dass Heilsbronn nicht den Anschluss als Industriestadt erreichte, aber auch nicht mehr das „Ackerbürgerstädtchen“ geblieben ist, das es bis zum Ende des 2. Weltkrieges gewesen war.

Der SPD-Ortsverein

Unter der Führung von Walter Träger und Horst Bell stieg die Zahl der Mitglieder wieder an. 1982 begann der Vorstand damit, die Kommunalwahlen für 1984 vorzubereiten. Hierfür nominierte die SPD mit Walter Träger wieder einen eigenen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters.

Unter dem Motto „Für ein blühendes Heilsbronn“ führte die SPD 1983/84 einen Kommunalwahlkampf, der bei der Bevölkerung gut aufgenommen wurde. Nicht nur 6 von 20 Stadtratsitzen konnten gewonnen werden. Bei der Bürgermeisterwahl erreichte Walter Träger mit 2.045 Stimmen deutlich mehr Stimmen als seine Mitkonkurrenten Alfred Knoll (FDP/Freie Bürger, 1.434) und Peter-Max Bauer (CSU, 1.086). In der erforderlichen Stichwahl konnte er sich gegen Alfred Knoll deutlich durchsetzen. Damit hatte Heilsbronn 80 Jahre nach der Gründung des SPD-Ortsvereins ein SPD-Mitglied als 1. Bürgermeister.



Stichwahl am 01. April 1984; Walter Träger wird 1. Bürgermeister

Mit der Übernahme des Amtes des 1. Bürgermeisters wechselte der 1. Vorsitz auf Horst Bell. Dieser gab hierfür seinen Vorsitz des DGB Ortskartells auf, das er von 1974 bis 1984 geleitet hatte. Er führte den Ortsverein bis 1998. Sein Stellvertreter wurde zunächst Willy Rühl, der 1989 in den Vorstand des SPD-Unterbezirks Ansbach gewählt wurde. Ab 1986 übernahm Gaby Lorenzen das Amt der Stellvertreterin. 1988 gab Heinrich Rühling nach fast 25 Jahren als Kassier diese Aufgabe aus Altersgründen an Gerhard Bräunling ab.

SPD-Frauengruppe und erster Heilsbronner Weihnachtsmarkt

Im Sommer 1984 gründete Gaby Lorenzen eine sehr erfolgreiche SPD-Frauengruppe. Mit Vorträgen, geselligen Veranstaltungen und monatlichen Treffs wurden gezielt Frauen angesprochen. Ende 1986 war die Anzahl der Mitglieder im Ortsverein auf über 70 angewachsen.

In den Jahren 1985 und 1986 verkaufte die Frauengruppe auf dem Marktplatz in einer Verkaufsbude selbst gebastelte Geschenkartikel und spendete den Erlös den Heilsbronner Kindergärten. Hieraus entstand im Dezember 1987 der erste Heilsbronner Weihnachtsmarkt, der aus dieser Tradition heraus bis heute weitergeführt wird.



SPD-Stand am Heilsbronner Weihnachtsmarkt 2001

Änderungen in der Stadtratsfraktion

Am 5. September 1986 verstarb Johann Heinisch. Auf Grund seiner großen Erfahrung und seiner Anerkennung, insbesondere im Ortsteil Bürglein, war dies für die SPD ein großer Verlust. Für ihn rückte Marliese Zach in den Stadtrat nach, die zweite Stadträtin nach Gerda Kretschmar. Gerda Kretschmar konnte 1986 mit der goldenen Ehrennadel für 65 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt werden.

80 Jahre SPD Heilsbronn

1988 feierte die SPD bundesweit ihr 125-jähriges Jubiläum. Die Heilsbronner Sozialdemokraten waren nach ihrem damaligen Kenntnisstand der Auffassung, dass 1908 das Gründungsjahr der SPD in Heilsbronn gewesen sei. Somit war die Gelegenheit günstig, die beiden Jubiläen miteinander zu verbinden. Bei den Nachforschungen stellte sich aber heraus, dass bereits am 2. Oktober 1904 die Gründungsversammlung eines sozialdemokratischen Vereins in Heilsbronn stattgefunden hatte. Man ließ sich jedoch nicht beirren und feierte 1988 die 80 Jahre der SPD Heilsbronn. Im Konventsaal wurde eine in der Bevölkerung sehr positiv aufgenommene Ausstellung von Klaus Staeck mit politischen Plakaten durchgeführt. Dem Festabend am 22. Oktober wohnten 150 Gäste bei. Die Festansprache hielt der Vorsitzende der bayrischen SPD, Rudolf Schöfberger, vielleicht auch heute noch besser bekannt unter seinem Spitznamen „der rote Rudi“.



80 Jahre SPD Heilsbronn, Titelseite der Festschrift 1988

1990-1998: Innere Einheit, blühende Landschaften und Reformstau

Die Bundesrepublik Deutschland

Die ersten gesamtdeutschen demokratischen Parlamentswahlen seit 1932 am 2. Dezember 1990 brachte für Kohl und Genscher die „Vereinigungsdividende“ in Form eines klaren Sieges. Mit 54,8% gewann die Regierungskoalition (CDU, CSU, FDP) vor der SPD, die mit Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat 33,5% errang. In seiner Regierungserklärung nannte Helmut Kohl als eines seiner Hauptziele, Deutschland geistig, kulturell, wirtschaftlich und sozial zusammenzuführen.

Statt der versprochenen „blühenden Landschaften“ blieb in den neuen Bundesländern der wirtschaftliche Aufschwung jedoch aus; in den alten Bundesländern regte sich seit 1991 Unmut über finanzielle Belastungen in Folge der Vereinigung. Es kam zu Massenprotesten, bei denen Bundesregierung und Treuhandanstalt Zielscheibe der Kritik wurden. Der Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin wurde quer durch alle Parteien kontrovers diskutiert.

Die z.T. äußerst unqualifizierte und emotionalisierende Diskussion um Ausländer und Asylgesetzgebung trug dazu bei, dass in Deutschland wieder Vorgänge möglich waren, die man längst überwunden glaubte (Brandlegungen in Solingen, Rostock und Hoyerswerda). Die von Rechtsextremisten verübten Gewalttaten erregten weltweit Entsetzen und lösten weitere Krawalle aus. Breite Schichten der Bevölkerung demonstrierten für Toleranz und Menschenwürde.

1993 wurde der Maastricht-Vertrag ratifiziert, mit dem die Europäische Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, mit verstärkter Zusammenarbeit bei der Justiz- und Innenpolitik sowie die Schaffung einer Währungsunion vereinbart wurden.

Zunehmend wurde die Bundesrepublik international aufgefordert, sich mit der Bundeswehr im Rahmen von UNO-Missionen stärker zu engagieren. 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass humanitäre und militärische Einsätze der Bundes-

wehr auch außerhalb der NATO zulässig seien, wenn zuvor die „konstitutive Zustimmung“ des Bundestags eingeholt werde. 1995/96 kam es dann zur sehr umfangreichen IFOR/SFOR Friedensmission in Bosnien-Herzegowina.

Trotz hoher Arbeitslosigkeit – erstmals mehr als 4 Mio. Arbeitslose – und einer Reihe von Affären von Bundesministern (Stoltenberg, Möllemann, Krause) konnte die Koalition bei den Bundestagswahlen 1994 einen knappen Vorsprung von 10 Mandaten erreichen. Die SPD scheiterte zum vierten Mal mit ihrem Ziel, Kohl als Bundeskanzler abzulösen. Ihr Spitzenkandidat, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Rudolf Scharping, errang 36,4%.

Das Ziel der 4. Regierung Kohl war: „Deutschland fitmachen für das 21. Jahrhundert.“ Hierzu fiel der Regierung ganz im Sinne von Margaret Thatchers Großbritannien der 80er Jahre insbesondere ein, soziale Leistungen weiter einzuschränken, staatliche Betriebe zu privatisieren und die Ertragssituation und steuerliche Entlastung der Unternehmen zu verbessern – ohne erkennbare Erfolge.

Bundespräsident Roman Herzog beschrieb die bestehende Stimmungslage 1997 in seiner Berliner Rede und stellte den Verlust wirtschaftlicher Dynamik, eine Erstarrung der Gesellschaft und eine unglaubliche mentale Depression fest. Er forderte, die Chancen der Zukunft zu erkennen und grundlegende Reformen. Doch die christlich-liberale Koalition begegnete der unverändert hohen Arbeitslosigkeit und dem wachsenden Globalisierungsdruck mit den alten, sich zunehmend als wirkungslos erweisenden Maßnahmen und deutlicher Ratlosigkeit. Der allseits beklagte „Reformstau“, Entscheidungsblockaden durch eine auf den Wechsel setzende Opposition und verbreitete „Kanzlermüdigkeit“ waren die Motive, die bei der Bundestagswahl im September dazu führten, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Regierung abgewählt wurde.

Bayern

Das für Bayern einschneidende politische Ereignis war im Mai 1993 der durch die Amigo-Affäre erzwungene Rücktritt von Ministerpräsident Max Streibl. Sein Nachfolger wurde Edmund Stoiber, der dieses Amt bis heute ausübt. Unter seiner Parteiführung schaffte die CSU 2003 einen bislang nicht für möglich gehaltenen Wahlerfolg. Für die SPD bedeutete dies umgekehrt eine beständige Abnahme der Wählerzustimmung. Die sehr rührige und couragierte Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt konnte diesen Trend als bayerische SPD-Chefin im Wahljahr 1994 noch einmal mit 30% Zustimmung für die SPD stoppen, in den Wahlen danach rutschte die Bayern-SPD zunächst auf 28,7 (1998) und dann auf noch nie dagewesene 19,1% (2003) der Stimmen ab.

Die Stadt Heilsbronn

Der Erhalt und die Entwicklung der Heilsbronner Altstadt war ein Vorhaben, das Bürgermeister Träger und die SPD-Mitglieder im Bauausschuss, Horst Bell und Wilhelm Schwarzer, engagiert vorantrieben, da damit u.a. erhebliche Fördermittel des Freistaats verbunden waren. Es wurde ein Ideenwettbewerb zur Sanierung der Heilsbronner Altstadt durchgeführt, dessen Gewinner man im Sommer 1990 beauftragte, eine Vorentwurfsplanung zur Altstadtsanierung zu erarbeiten. Der sogenannte Immich-Plan war geboren und lieferte Diskussionsstoff für fast zwei Jahrzehnte Stadtentwicklungspolitik. Trotz unterschiedlichster Meinungen der Mandatsträger und der Bevölkerung zu diesem Plan bildet er bis heute die Basis für die Sanierung und Entwicklung der Altstadt.

Weitere wichtige Vorhaben waren der Bau eines städtischen Kindergartens, die Generalinstandsetzung der Bürgleiner Grundschule und die Planung einer Mehrzweckhalle, die 1990/96 durch die SPD-Stadträte und den Ortsverein angestoßen wurden. Die 1991 geplante Restmülldeponie des Landkreises Fürth in Schwaighausen nahe Bürglein löste in der Bevölkerung

großen Widerstand aus. Der Stadtrat unterstützte diesen durch eine Änderung im Flächennutzungsplan, wodurch im Norden Bürgleins Flächen für Wohnbebauung ausgewiesen wurden. Der Bau der Deponie konnte so verhindert werden.

Im Frühsommer 1996 eröffnete das umgestaltete und umgebaute Freibad. Die Neuansbindung der Neuendettelsauer Straße an die Badstraße durch den Forstamtsgarten konnte erst 1997 durch einen Bürgerentscheid entschieden werden. Die langfristige Sanierung und Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für Heilsbronn wurde auf den Weg gebracht. Der Stadtrat verabschiedete ebenfalls ein lange diskutiertes und heute immer noch umstrittenes Thema, die Straßenausbaubeitragssatzung. 1997 wurden endlich die konkreten Vorplanungen für die Mehrzweckhalle vorgelegt. Die Aufstellung eines Landschaftsplans und die Stadtentwässerung waren die weiteren beherrschenden Themen.

Wahlen in Heilsbronn 1990 und 1994

Die Kommunalwahl in Heilsbronn im März 1990 führte den Ortsverein zu einem großen Erfolg. Walter Träger wurde mit fast 66 % aller Stimmen wiedergewählt. In den Stadtrat zogen Horst Bell, Lothar Ginther, Hedwig Güttler, Willy Rühl, Wilhelm Schwarzer und Marlies Zach ein. Zudem wurden Georg Anselstetter, Horst Bell und Walter Träger in den Kreistag gewählt.

Weniger erfreulich waren die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahl gegen Ende des Jahres 1990, die unter dem Eindruck der der Regierung Kohl als Verdienst zugeschriebenen Wiedervereinigung standen, so dass die SPD auch in Heilsbronn unter ihren Möglichkeiten blieb. Bedenklich und in Wahlprozenten deutlich war der Aufschwung der rechtsgerichteten Parteien, insbesondere der Republikanern (REP). Bei den Europa-, Landtags- und Bezirkstags- sowie Bundestagswahlen 1994 erzielte die SPD durch den großen Einsatz der Ortsvereinsmitglieder in Heilsbronn wieder relativ gute Ergebnisse.

Der Ortsvereinsvorstand 1990-1996

Bei der Neuwahl des Ortsvereinsvorstandes 1990 wurde Herbert Scholz Kassier. Als 1. Schriftführer löste Alois Frank den aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Dieter Heinlein ab. Georg Anselstetter und Peter Spruß wurden zu Revisoren gewählt. Der Ortsverein hatte 74 Mitglieder. Im März 1992 konnte mit 77 Mitgliedern der bisher höchste Mitgliederstand verzeichnet werden. Im September 1992 erhielt der langjährige Ortsvereinsvorsitzende und Stadtrat Wilhelm Schwarzer das Bundesverdienstkreuz verliehen. Im gleichen Monat verabschiedete man ihn im Rahmen einer Mitgliederversammlung aus dem Ortsverein, da er aus familiären Gründen nach Kulmbach verzog. Der Stadtrat würdigte die Verdienste Wilhelm Schwarzers mit einer Sondersitzung. Für ihn rückte im November 1992 Gaby Lorenzen in den Stadtrat nach.

Der SPD-Ortsverein

1990 wurde die vom Ortsverein übernommene Patenschaft für den Naturlehrpfad durch die Auswirkungen des Orkans „Wiebke“ ungewollt aufgelöst. Die Forstverwaltung musste aufgrund der verheerenden Schäden andere Prioritäten setzen, so dass die Wiederherstellung des Naturlehrpfads sich um Jahre verzögerte.

Die Änderung des Asylrechts 1991/92 wurden auch im Ortsverein Heilsbronn diskutiert. In einer Veranstaltung mit Verwaltungsrichter Gerd Zimmer nahm dieser in einem sehr sachlichen Vortrag in Heilsbronn die Emotionen aus der Diskussion. Er bemängelte bereits damals das Fehlen eines Zuwanderungsgesetzes, das erst im Frühsommer 2004 zustande gekommen ist. Trotz aller Zweifel an den Neuregelungen im Asylverfahren wurde mit diesen den rechtsradikalen Parteien zumindest ein Teil ihres Nährbodens entzogen.

Ebenfalls sehr kontrovers wurden die bereits angesprochenen möglichen UN-Einsätze der Bundeswehr in allen Parteigliederungen diskutiert. Erst nach dem Urteil des Bundesverfassungs-

gerichts 1994, das Einsätze der Bundeswehr auch außerhalb des Nato-Gebiets für zulässig erklärte, verebten die Zweifel über die Rechtmäßigkeit dieser Einsätze.

Am 17. Januar 1993 fand erstmals ein Neujahrsempfang des SPD-Ortsvereins im Konventsaal statt. Gastrednerin war die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und bayerische SPD-Landesvorsitzende, Renate Schmidt. Der Neujahrsempfang wurde von der Heilsbronner Bevölkerung gut angenommen und wird seitdem im zweijährigem Rhythmus mit wechselnden Gästen durchgeführt.



Neujahrsempfang 2004 mit Bundesministerin Renate Schmidt

Zäsur im Ortsverein 1993

Zu Beginn des Jahres 1993 zeichnete sich eine Entfremdung zwischen Bürgermeister Walter Träger und der Stadtratsfraktion ab, die in den Rückzug Trägers von der Stadtratsfraktion und letztlich in seinen Austritt aus der SPD im Mai 1993 mündete. Innerhalb des Ortsvereins führte dies zu Spannungen und weiteren Parteiaustritten. Im Stadtrat wurde der Umgangston ruppiger. Aufgrund dieser Umstände verwandelten sich Sachdiskussionen in hitzige und emotionsgeladene Debatten. Der Ortsverein brauchte einige Zeit, um diese Vorgänge aufzuarbeiten. Durch Austritte hatte sich der Mitgliederstand auf 67 reduziert. Von den Wählerinnen und Wählern wurden die personellen Queren bei der Kommunalwahl im Jahr 1996 so bewertet, dass sie der SPD eine Halbierung ihrer Stadtratsmandate bescherten.

Urabstimmung in der SPD

Erstmals in der Geschichte einer modernen Partei wurde im Juni 1993 eine Urabstimmung über den zukünftigen Bundesvorsitzenden unter allen Mitgliedern der SPD durchgeführt. Zur Wahl standen Heidemarie Wieczorek-Zeul, Gerhard Schröder und Rudolf Scharping. Im Ortsverein Heilsbronn erhielt jeder eine annähernd gleiche Stimmenzahl, bundesweit lief der Trend in Richtung Rudolf Scharping, damals Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, der dann am 25. Juni vom Bundesparteitag bestätigt wurde.

Kommunalwahl 1996

Die Kommunalwahl 1996 wurde optimistisch und mit viel Einsatz vorbereitet. Zum Bürgermeisterkandidaten für die SPD wählte man den Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzenden Horst Bell. Die Kandidatenliste wurde satzungsgemäß nach dem Reißverschlussverfahren erstellt, um die Frauenquote erfüllen zu können. Diese konsequente Satzungsanwendung führte im Ortsverein und im Kreisverband zu lebhaften Diskussionen. Die

Befürchtung, dass die Quotenregelung Stimmen kosten würde, hat sich später in etlichen Gemeinden und auch im Kreis bewahrheitet. Die Stimmenverluste der SPD in Heilsbronn waren sicher nicht nur auf die Quotenregelung zurückzuführen. Der Austritt Walter Trägers und dessen Kandidatur bei den Freien Wählern sowie die in diesem Zusammenhang entstandenen Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb des Ortsvereins und des Stadtrats trugen maßgeblich dazu bei. Bei der Bürgermeisterwahl war Walter Träger ungefährdet, Horst Bell scheiterte deutlich, und die SPD-Stadtratsfraktion wurde auf drei Mandate dezimiert. Vertreter der SPD im Stadtrat waren nun Horst Bell, der auch in den Kreistag gewählt wurde, Lothar Ginther und Willi Rühl.



Horst Bell, 1. Vorsitzender von 1984 bis 1998

Trotz des schlechten Ergebnisses bei der Kommunalwahl fand in der Jahreshauptversammlung 1996 keine Selbsterfleischung statt. Durch konsequent sachliche Politik in der Stadtratsfraktion und entsprechende Unterstützung durch Geschlossenheit im Ortsverein wollte man diese Scharte auswetzen und richtete den Blick nach vorne. Horst Bell wurde einstimmig als Ortsvereinsvorsitzender bestätigt, sein Stellvertreter wurde Alois Frank. Jutta Emmert und Dr. Michael Diefenbacher wurden als Schriftführer gewählt. Der Mitgliederstand hatte sich mittlerweile wieder auf 70 erhöht. Ende 1996 schied Willi Rühl aus beruflichen Gründen aus dem Stadtrat aus, für ihn rückte ab Januar 1997 Alois Frank nach.

1998-2004: Wechsel und Reformen – Agenda 2010

Die Bundesrepublik Deutschland

Mit der Bundestagswahl 1998 endete nach 16 Jahren die Ära Kohl. Die SPD bildete mit Bündnis 90/Die Grünen eine neue Regierungskoalition mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler. Die neue rot-grüne Koalitionsregierung vermochte in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch in den ersten Monaten weder die in sie gesetzten Hoffnungen noch ihre eigenen ehrgeizigen Reformziele zu erfüllen. Die „Politik der neuen Mitte“ musste ihre Konturen erst gewinnen. Nach vielen Anfangsfehlern und internem Richtungsstreit trat Oskar Lafontaine (SPD-Vorsitzender und Finanzminister der Regierung Schröder) am 11. März 1999 von allen Ämtern zurück. Danach schaffte es die neue Regierung, in der Finanz- und Arbeitsmarktpolitik Erfolge vorzuweisen. Noch 1999 wurden sozialpolitische Änderungen der Kohl-Regierung korrigiert: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Zuzahlung bei Arznei- und Heilmitteln, Ausschluss Jugendlicher beim Zahnersatz, Krankenhaus-Notopfer, Aussetzung der Rentenkürzungen nach dem demographischen Faktor. Des Weiteren wurden auf den Weg gebracht die Förderung der Vermögensbildung, eine Steuerreform in drei Stufen, die steuerliche Entlastung der kleinen Einkommen brachte, und eine erste Reform des Gesundheitswesens. Das Kindergeld wurde von 220 DM auf 250 DM und später auf 154,- € pro Kind angehoben.

Diese ermutigende Regierungsbilanz führte 2002 trotz schlechter Umfragewerte schließlich noch zum sehr knappen Wahlsieg. Geholfen hat hierbei auch das verheerende Elbe-Hochwasser, bei dessen Bekämpfung es die Bundesregierung verstand, erstmals zwischen Ost und West in einer großen solidarischen Aktion ein neues, auf gegenseitiger Achtung und Verständnis beruhendes Einigkeitsgefühl in der Bevölkerung zu entwickeln.

Auch nach der Wiederwahl 2002 dauerte es eine gewisse Zeit, bis die 2. Regierung Schröder/Fischer erkannte, dass auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit und des weiter zunehmenden Drucks durch die Globalisierung der Wirtschaft grundlegende Änderun-

gen an den sozialen Sicherungssystemen und in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erforderlich waren. Die Bundesregierung entwickelte als Reformkonzept die Agenda 2010.

Während die Währungsumstellung von der D-Mark auf den Euro 2002 recht problemlos verlief, gerieten die Sozialversicherungssysteme wegen der von der Kohl-Regierung noch entschiedenen Finanzierung der deutschen Einheit durch Beiträge der Arbeitnehmer, durch die schlechte wirtschaftliche Entwicklung über mehrere Jahre und durch den stark veränderten Altersaufbau der Gesellschaft, der seit 1972 durch eine höhere Sterbe- als Geburtenrate offensichtlich war, in eine nicht mehr zu kaschierende Schiefelage. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten verschlechterten sich ab 2002 erheblich. Die von Bundeskanzler Schröder angemahnten und angestoßenen Reformen des Sozialstaates („Agenda 2010“) brachten Einschnitte für Beitragszahler und Leistungsempfänger. Dies führte zu Spannungen innerhalb der SPD und insbesondere im Verhältnis zur klassischen SPD-Klientel. Die Partei stürzte in Umfragen und Wahlergebnissen auf nie gekannte Tiefen ab. Über wichtige Elemente der Agenda 2010 mussten im Vermittlungsausschuss zwischen CDU/CSU und SPD Kompromisse gefunden werden, die vom Bundestag am 18. Dezember 2003 verabschiedet wurden: Teilweise vorgezogene Stufe 3 der Steuerreform, Neuregelung der Gemeindefinanzen, Arbeitslosengeld II. Ab 2004 werden verbesserte wirtschaftliche Bedingungen und ebenso wieder bessere Umfragewerte für die SPD erwartet.

In seiner letzten Weihnachtsansprache 2003 warnte Bundespräsident Johannes Rau davor, gesellschaftliche Kernaufgaben wie Bildung und Gesundheit immer mehr unter ökonomische Sparzwänge zu stellen und nach betriebswirtschaftlichen Mustern zu prägen. „Auch die Familie ist kein Betrieb“, und die Gesellschaft lebe nicht nur von Flexibilität und Wagnis, sondern auch von Solidarität und gegenseitigen Verpflichtungen.

2004 wird die EU um weitere 10 Mitgliedsstaaten vor allem des ehemaligen Ostblocks erweitert werden. Die parallel zum Bei-

trittsprozess verhandelte europäische Verfassung scheiterte jedoch vorerst am Widerstand Polens und Spaniens.

Die Kriegserklärung an den Terrorismus und die Kriegserklärung an Saddam Husseins Irak ohne UN-Mandat waren die Folge des furchtbaren Terroranschlags in New York am 11. September 2001. Die beiden Hochhaustürme des World Trade Centers wurden durch entführte Passagierflugzeuge gerammt und zum Einsturz gebracht. Tausende Tote und eine entsetzte Welt waren die Folge. Der zweite Irak-Krieg dauerte 2003 nicht viel länger als der erste 1991, jedoch war und ist die gewünschte Befriedung und Demokratisierung dieses Landes ungleich schwieriger als der Sieg über eine schlecht gerüstete Armee. Ebenso schwierig gestalteten sich die internationalen Beziehungen zwischen den USA auf der einen Seite und Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite. Beide wurden von der neo-konservativen US-Regierung unter Georg Bush jun. als Vertreter des „alten Europa“ verleumdet, weil sie den Irak-Krieg der USA als Verstoß gegen das Völkerrecht bewerteten. Der von den USA und der so genannten „Koalition der Willigen“ (Großbritannien, Spanien, Italien, Polen) als „Präventivkrieg“ gegen angebliche Massenvernichtungswaffen des Irak geführte Krieg konnte seine Zulässigkeit zu keiner Zeit belegen. Die Beziehungen zur US-Regierung wurden 2003 durch den Ausschluss der Gegner des Irak-Krieges vom Wiederaufbau des zerstörten Landes erneut stark belastet.

Bayern

Bei den Landtagswahlen im Herbst 1998 konnte die SPD im Sog der Bundestagswahl mit 28,7% ein relativ gutes Ergebnis einfahren. Bei den Landtagswahlen im September 2003 erhielt die Bayern SPD die Quittung für die Anfang des Jahres schlecht gestartete Bundespolitik und die schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten. Mit 19,1% erreichte die SPD mit Franz Maget als Spitzenkandidat 9,6% Stimmen weniger als 1998. Personelle Konsequenzen im Landesvorstand waren die Folge.

Der Vorsitzende der Bayern-SPD, Wolfgang Hoderlein, trat zurück; Ludwig Stiegler übernahm das Amt.

Nach dem Wahlsieg der CSU mit 65,9% schlug Ministerpräsident Stoiber entgegen seinen Wahlversprechen einen radikalen Sparkurs ein. Jedes Ministerium soll bis zu 15% Einsparungen durchsetzen. Streichung der Lernmittelfreiheit an den Schulen, Privatisierung der Forstverwaltungen, Auflösung von Behörden und Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, Mittelkürzungen für Bildungs- und Kultureinrichtungen und für die Landwirtschaft sowie die Reduzierung der Gymnasialzeit von neun auf acht Schuljahre sind nur einige Punkte dieses Sparpakets. Auf der Kippe stehen ferner Müttergenesung, Insolvenzberatung, sozialpsychiatrische Dienste, Ausländerberatung. Angedacht sind zusätzlich die Kürzung des Blindengeldes um 30% und die Straffung des Landeserziehungsgeldes. Dieser Sparkurs löste breite Proteste aus, da er die freie Wohlfahrtspflege mit allen sozialen und gesellschaftlichen Folgen massiv einschränken wird.

Die Stadt Heilsbronn

Bürgermeister Träger hatte im Stadtrat den Beschluss herbeigeführt, die Öffnungszeiten des Freibads einzuschränken, um den insbesondere aus dem Umbau herrührenden Kostenblock durch die Minderung des betrieblichen Aufwands abzusenken. Die Diskussionen um die Öffnungszeiten wurden im Stadtrat und in der Öffentlichkeit recht hitzig geführt. Mittels eines Bürgerbegehrens, das von Mitgliedern der SPD initiiert wurde, sollte die Verkürzung der Öffnungszeiten verhindert werden. Eher längere Öffnungszeiten und mehr Service sollten angeboten werden. Beim Bürgerentscheid im Januar 2001 gab es sowohl für den Stadtratsbeschluss als auch für das Bürgerbegehren fast die gleiche Anzahl von Ja-Stimmen. Da jedoch das Quorum von 20% nicht erreicht wurde, behielt der Stadtratsbeschluss Gültigkeit.

In den Jahren 2001/02 wurde unter großer Bürgerbeteiligung ein Marketingkonzept zur Stadtentwicklung und Belebung der Alt-

stadt erarbeitet. Die Zukunft wird zeigen, was von diesem Konzept und den darin enthaltenen Ideen mit entsprechender Unterstützung der Stadtverwaltung umgesetzt werden kann.



Freibad Heilsbronn

Georg Anselstetter

Im Februar 1999 wurde Georg Anselstetter anlässlich seines achtzigsten Geburtstags mit einer von der Stadt Heilsbronn ausgerichteten Feierstunde für sein kommunalpolitisches und gesellschaftliches Engagement besonders geehrt. Georg Anselstetter war bereits Träger des Bundesverdienstordens, der Medaille für Verdienste für die kommunale Selbstverwaltung und der Heilsbronner Bürgermedaille in Gold. Die SPD ehrte Georg Anselstetter 2001 mit der Verleihung der Willy-Brandt-Medaille und mit dem Ehrenbrief der SPD, einer ausgesprochen seltenen Auszeichnung. Am 6. Juni 2002 verstarb Georg Anselstetter mit 83 Jahren. Er prägte über viele Jahrzehnte die Politik des Ortsvereins und der Stadt Heilsbronn. Aufgrund seiner persönlichen Integrität, seiner geradlinigen Art und seines herzlichen Charakters war er Vorbild für viele und sein Tod ein schwerer Verlust für den Ortsverein und die Stadt Heilsbronn.



Georg Anselstetter mit Bürgermeister Walter Träger im Februar 1999

Aus dem SPD-Ortsverein

Im Ortsvereinsvorstand fand im März 1998 ein Wechsel statt. Horst Bell kandidierte nach 14 Jahren Vorsitz nicht mehr. Sein Nachfolger wurde Carl-Heinz Zischler, der den Ortsverein seitdem führt. In der Jahreshauptversammlung 1999 wurde die Satzung des Ortsvereins an die Quotenregelung angepasst und als weitere Vertreterin des Ortsvereinsvorsitzenden Meta Hoffmann gewählt, die wenig später auch stellvertretende Vorsitzende im Kreisverband Ansbach Nord wurde. Durch den Wegzug Meta Hoffmanns 2001 wurde die Neuwahl der zweiten Vorsitzenden notwendig. Die Jahreshauptversammlung wählte die bisher schon im Vorstand tätige Petra Braasch zur Stellvertreterin. Der Ortsverein zählte 62 Mitglieder.



*Carl-Heinz Zischler,
1. Vorsitzender seit 1998*

Im Rahmen der Wahlvorbereitungen entwickelte der Ortsverein besondere Aktivitäten. 1998 zeigte der Ortsverein im Konventsaal eine speziell auf Frauen bezogene Ausstellung zu Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit. Diese war ein großer Erfolg. Um ältere Jugendliche anzusprechen, wurde zur Vorbereitung der Europawahlen im Juni 1999 eine Rocknacht mit drei Bands veranstaltet.



Preisverleihung mit Helga Koch am Kinderfest 2002



Impressionen vom Kinderfest 2002

Kommunalwahl 2002

Für die Kommunalwahl 2002 nominierte der Ortsverein seinen Vorsitzenden Carl-Heinz Zischler als Bürgermeisterkandidat. Er sollte den erneut antretenden Walter Träger, der als Kandidat der FW zugleich auch für die Position des Landrates kandidierte, zumindest in die Stichwahl zwingen. Die engagierte Arbeit der 3-köpfigen SPD-Fraktion während der letzten 6 Jahre im Stadtrat und ein gut durchdachter Wahlkampf mit dem richtigen Kandidaten an der Spitze brachten auch (fast) das gewünschte Ergebnis. Zur Stichwahl um das Bürgermeisteramt reichte es zwar nicht, jedoch waren fünf gewonnene Stadtratsmandate als großer Erfolg zu werten. In den Stadtrat zogen Horst Bell, Dr. Michael Diefenbacher, Uwe Ginther, Wolfgang Stocker und Carl-Heinz Zischler ein. Erstmals wurde mit Johanna Margolf ein Mitglied der SPD zur Sprecherin eines Heilsbronner Ortsteils gewählt und zwar für Bürglein und Böllingsdorf. Horst Bell und Carl-Heinz Zischler zogen zudem in den Kreistag ein, damit wurde auch hier für Heilsbronn ein weiteres Mandat hinzugewonnen.



Die SPD-Stadträte 2004: v.l.: Dr. Michael Diefenbacher, Carl-Heinz Zischler, Wolfgang Stocker, Johanna Margolf (Ortssprecherin Bürglein/Böllingsdorf), Horst Bell und Uwe Ginther

Aufgrund neuer Personen und anderer Mehrheitsverhältnisse im neu gewählten Stadtrat entwickelte sich die Zusammenarbeit und das Klima im Gremium positiv. Wichtige Sachfragen wie die Altstadtentwässerung, die Sanierung des Konventhauses mit Einrichtung eines Stadtmuseums oder stadtplanerische Angelegenheiten machten und machen eine kooperative Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt und seiner Einwohner notwendig.

Aus dem Stadtrat

Im Osten der Stadt waren bereits Anfang der 90er Jahre neue Industrieflächen für kleinere und mittelständische Betriebe erschlossen worden. Darüber hinaus bewarb sich die Stadt Heilsbronn um die Ansiedlung von Großbetrieben (BMW, Edscha), für die sie weitere Flächen bereit stellen wollte. Eine

solche Industrieansiedlung hätte für die Stadt Heilsbronn weitreichende Folgen insbesondere in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. In der Öffentlichkeit sind diese wenig diskutiert worden. Gerade hierzu wäre aus der Sicht der SPD eine gezielte Stadtentwicklungsplanung unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft notwendig. Eine Information der Bürger über die geplanten Industrieansiedlungen erfolgte jeweils nur durch die Presse. Innerhalb des Ortsvereins wurde mit den SPD-Stadträten das Für und Wider heftig diskutiert, ein einheitliches Meinungsbild konnte jedoch nicht erzielt werden. Beide Vorhaben sind bislang über ihre bloße Ankündigung nicht hinaus gekommen.

Am westlichen Stadtrand wurde 2002/03 die Ansiedlung zweier neuer Großmärkte geplant. Mit ihnen ist die Hoffnung verbunden, mehr Kaufkraft nach Heilsbronn zu holen. Große Sorgen, nicht nur in stadtplanerischer Hinsicht, bereitet nach wie vor der Umgang mit dem so genannten „Birnbäum-“ oder auch „Pflugsweiher“. In seinem Zustand im Sommer 2003 war er ein Schandfleck für den westlichen Eingang in die Altstadt und eine hygienische „Zeitbombe“ für die Anwohner.



Heilsbronner Stadtansicht von Westen, historische Aufnahme um 1905



Pflugsweiher (auch Birnbaumweiher) 2004

100 Jahre SPD Heilsbronn – ein Resümee

Vor 100 Jahren wurde in der Marktgemeinde Heilsbronn ein Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegründet. Seine Mitglieder waren nicht die Industriearbeiter wie in den industriellen Zentren des damaligen Deutschen Reiches, sondern die klassischen Handwerker in einem agrarisch geprägten Umfeld. Die neue Partei und ihre Mitglieder blieben anfangs in Heilsbronn von der Kommunalpolitik ausgeschlossen, weil im Königreich Bayern das Recht zur Teilnahme an Gemeindevahlen von der Bezahlung direkter Steuern (z.B. Einkommenssteuern) und vom Erwerb des Bürgerrechts gegen erhebliche Gebühren abhängig war. Passives Wahlrecht hatten bis 1919 auf Gesamtbayern bezogen lediglich das höchstbesteuerte Drittel der männlichen Besitzer des Bürgerrechts.

Erst in der Weimarer Republik, der ersten deutschen Demokratie in den 1920er Jahren, hatte die SPD auch in Heilsbronn die Möglichkeit, die Belange ihrer Anhänger durch eigene Teilnahme in das Kommunalparlament einzubringen. Nach dem Untergang der Weimarer Republik und den Verfolgungen durch

die NS-Diktatur brachte der demokratische Neuanfang nach 1945 auch der Heilsbronner Sozialdemokratie eine zweite Chance.

Der Ortsverein und seine Stadtratsmitglieder schafften es auch nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer sachbezogenen und bürgernahen Politik, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt so zu vertreten, dass sie in erheblichem Maße die Entwicklung von der ehemaligen Ackerbürgerstadt zu einem wirtschaftlichen wie kulturellen Mittelzentrum mitbestimmen konnten. Die bisher erfolgreichste Phase in der Kommunalpolitik des Heilsbronner SPD-Ortsvereins war die Zeit, als die SPD zwischen 1984 und 1992 den Ersten Bürgermeister stellte. An diese Zeit gilt es anzuknüpfen, um unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft die Stadt an die neuen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen heranzuführen und weiterzuentwickeln. Der Wille und die Kräfte dazu sind vorhanden.

Übersicht über Bundespräsident, Bundeskanzler, Ministerpräsident, 1. und 2. Bürgermeister

<i>Jahr</i>	<i>Bundespräsident</i>	<i>Bundeskanzler</i>	<i>Ministerpräsident</i>	<i>1./2. Bürgermeister</i>
1945			Fritz Schäffer (CSU?) Mai-September 1945 Wilhelm Hoegner (SPD) 1945-1947	Friedrich Hummel (FEL) 1945-1946
1946				Johann Kupfer / Julius Engler (SPD) 1946-1948
1947			Hans Ehard (CSU) 1947-1954	
1948				Georg Döllgast (FEL)/ Julius Engler (SPD) 1948-1958
1949	Theodor Heuss 1949-1959	Konrad Adenauer (CDU) 1949-1962		
1954			Wilhelm Hoegner (SPD) 1954-1957	
1957			Hanns Seidel (CSU) 1957-1960	
1958				Karl Waßner (unabh.) / Josef Schmid (CSU) 1958-1972
1959	Heinrich Lübke 1959-1969			
1960			Hans Ehard (CSU) 1960-1962	
1962			Alfons Goppel (CSU) 1962-1978	
1963		Ludwig Erhard (CDU) 1963-1966		
1966		Kurt Georg Kiesinger (CDU) 1966-1969		

<i>Jahr</i>	<i>Bundespräsident</i>	<i>Bundeskanzler</i>	<i>Ministerpräsident</i>	<i>1./2. Bürgermeister</i>
1969	Gustav W. Heinemann 1969-1974	Willy Brandt (SPD) 1969-1974		
1972				Alfred Knoll (FDP) / Georg Anselstetter (SPD) 1972-1984
1974	Walter Scheel 1974-1979	Helmut Schmidt (SPD) 1974-1982		
1976				
1978			Franz Josef Strauß (CSU) 1978-1988	
1979	Carl Carstens 1979-1984			
1982		Helmut Kohl (CDU) 1982-1998		
1984	Richard von Weizsäcker 1984-1994			Walter Träger (SPD, ab 1993 FW) / Peter Max Bauer (CSU) 1984-heute
1988			Max Streibl (CSU) 1988-1993	
1993			Edmund Stoiber (CSU) 1993-heute	
1994	Roman Herzog 1994-1999			
1998		Gerhard Schröder (SPD) 1998-heute		
1999	Johannes Rau 1999-2004			
2004	Horst Köhler			

Übersicht über 1. und 2. Bürgermeister, Stadt- und Kreisräte der SPD (soweit bekannt)

<i>Wahljahr*)</i>	<i>1./2. Bürgermeister</i>	<i>Stadträte der SPD</i>	<i>Kreisräte der SPD</i>
1895	Leonhard Bischoff	-	
1906	Julius Güllich	-	
1919	Julius Güllich / Heinrich Ludwig	(3 von 12) Johann Lederer, Karl Sauernheimer, Jakob Schuh	
1924	Julius Güllich	(1 von 12) Julius Engler	
1929	Johann Jakob Meyer	(2 von 12) Georg Schwab, Lorenz Stapfer	
1933	Georg Hofmeister (NSDAP)	zunächst noch Fritz Kuch, dann Verbot der SPD am 22.06.1933; ab da nur noch NSDAP-Mitglieder im Rat	
1945	US-Armee ernannte zunächst Julius Güllich, dann Friedrich Hummel (FEL), 1945-1946		
1946	Johann Kupfer / Julius Engler (SPD) 1946-1948	(3 von ?) Julius Engler, Georg Schwab, Leonhard Brechetsbauer	
1948	Georg Döllgast (FEL)/ Julius Engler (SPD) 1948-1958	(3 von 18) Julius Engler, Georg Schwab, Leonhard Brechetsbauer	
1952		(4 von 18) Julius Engler, Georg Schwab, Josef Schwarz, Georg Böttinger bis 1954, ab 1954 Hermann Roisch	Josef Schwarz
1956		(3 von 16) Julius Engler bis 1.10.1958, ab Oktober 1958 Gerda Kretschmer, Georg Schwab, Josef Schwarz bis 22.08.1957, ab 22.08.1957 Hermann Roisch	Josef Schwarz
1958	Karl Waßner (unabh.) / Josef Schmid (CSU) 1958-1972		
1960		(3 von 16) Georg Anselstetter, Gerda Kretschmer, Georg Schwab,	Michael Schwab
1966		(3 von 16) Georg Anselstetter, Wilhelm Schwarzer, Heinrich Rühling,	Wilhelm Schwarzer Walter Schmidt

<i>Wahljahr*)</i>	<i>1./2. Bürgermeister</i>	<i>Stadträte der SPD</i>	<i>Kreisräte der SPD</i>
1972	Alfred Knoll (FDP) / Georg Anselstetter (SPD) 1972-1984	(5 von 20) Georg Anselstetter, Johann Heinisch, Walter Schmidt, Wilhelm Schwarzer, Erhard Warnick	erstmals keiner!
1978		(5 von 20) Georg Anselstetter, Horst Bell, Johann Heinisch, Wilhelm Schwarzer, Walter Träger	Georg Anselstetter, Horst Bell, ab 1982 Lothar Ginther für Dr. Rudolf Nützel (Rothenburg)
1984	Walter Träger (SPD, ab 1993 FW) / Peter Max Bauer (CSU) 1984-heute	(6 von 20) Georg Anselstetter, Horst Bell, Lothar Ginther, Johann Heinisch bis 05.09.1986, ab 05.09.1986 Marliese Zach, Peter Spruß, Wilhelm Schwarzer,	Georg Anselstetter, Horst Bell, Walter Träger
1990		(6 von 20) Horst Bell, Lothar Ginther, Hedwig Güttler, Willi Rühl, Wilhelm Schwarzer bis 10.12.1992, ab 10.12.1992 Gaby Lorenzen, Marliese Zach	Georg Anselstetter, Horst Bell, Walter Träger
1996		(3 von 20) Horst Bell, Lothar Ginther, Willi Rühl bis 15.01.1997, ab 15.01.1997 Alois Frank	Horst Bell
2002		(5 von 20) Horst Bell, Dr. Michael Diefenbacher, Uwe Ginther, Wolfgang Stocker, Carl-Heinz Zischler	Horst Bell, Carl-Heinz Zischler

*) in Fett-Schrift Wahljahr, in Normal-Schrift keine Wahl

Vorstände des SPD-Ortsvereins Heilsbronn

von	bis	1. Vorsitzender	Stellvertreter	Schriftführer	Kassier	Beisitzer	Revisoren
1904	1905	Heinrich Sommer		Johann Lederer	Konrad Mayer		
1905	1906	Heinrich Sommer	Hans Schmidt	Georg Nölp, J. Simon Muschler	Johann Lederer		
1906	1909	Johann Schmidt	Christian Gugel	Johann Sommer, Jakob Körner	Johann Lederer		
1909	1912	Jakob Körner	Christian Gugel	Johann Gsell, Johann Lederer	Johann Schmidt		
1912	1914	Joh. Georg Sommer					
1922		Keine Daten vorhanden					
1933		Georg Schwab, letzter Vorsitzender vor der Gleichschaltung					
1946	1950	Michael Schwab					
1950	1957	Josef Schwarz	Michael Schwab		Paul Geiselsöder		Georg Schwab, Leonhard Brechetsbauer
1957	1963	Helmut Uihlein	Michael Schwab				
1963	1965	Eugen Kragl	Michael Schwab, Rudolf Krieg	Albert Zettl, Eckhard Frank	Georg Schwab	Walter Buba, Fritz Geiselsöder	Hans Sichermann, Hermann Roisch
1965	1966	Michael Schwab	Rudolf Krieg	Albert Zettl, Eckhard Frank	Georg Schwab	Walter Buba, Fritz Geiselsöder	Hans Sichermann, Hermann Roisch
1966	1968	Wilhelm Schwarzer	Hans-Dietrich Meyer	Harry Rattel	Georg Schwab	Rudolf Krieg, Franz Pauly, Viktoria Papendick	Konrad Schröder, Hermann Roisch
1968	1970	Wilhelm Schwarzer	Konrad Schröder	Harry Rattel, ab 1969 Frieda Kirschbaum	Heinrich Rühling	Rudolf Krieg, Franz Pauly, Viktoria Papendick	Hermann Roisch, Eugen Kragl

von	bis	1. Vorsitzender	Stellvertreter	Schriftführer	Kassier	Beisitzer	Revisoren
1970	1972	Wilhelm Schwarzer	Konrad Schröder	Frieda Kirschbaum	Heinrich Rühling	Rudolf Krieg, Franz Pauly, Viktoria Papendick	Hermann Roisch, Eugen Kragl
1972	1973	Walter Schmidt	Konrad Schröder	Frieda Kirschbaum, Erhard Warnick	Heinrich Rühling	Wilhelm Schwarzer, Michael Baritsch, Richard Güttler	Hermann Walz, Heinz Hutzler
1973	1974	Wilhelm Schwarzer	Konrad Schröder	Albert Wolfsberger, Erhard Warnick	Heinrich Rühling	Christa Herrgott, Franz Pauly, Günther Schulist	Hermann Walz, Heinz Hutzler
1974	1976	Wilhelm Schwarzer	Konrad Schröder	Günther Schulist, Erhard Warnick	Heinrich Rühling	Walter Schmidt, Hermann Walz, Lothar Ginther, Hans Lutz, Hans Heinisch, Willy Bär, Peter Schmidt	Franz Pauly, Ernst Deeg
1976	1978	Wilhelm Schwarzer	Konrad Schröder	Horst Bell, Walter Träger	Heinrich Rühling	Walter Schmidt, Lothar Ginther, Hans Lutz, Hans Heinisch, Franz Pauly, Günther Schulist, Hans Schildt	Viktoria Papendick, Ernst Deeg
1978	1980	Wilhelm Schwarzer	Lothar Ginther	Marliese Zach, Peter Spruß	Heinrich Rühling	Horst Bell, Hans Heinisch, Eva Pillot, Konrad Schröder, Werner Bock, Georg Müller, Franz Pauly, Peter Schmidt	Viktoria Papendick, Hans Schildt
1980	1981	Wilhelm Schwarzer	Horst Bell	Eva Pillot, Marliese Zach	Heinrich Rühling	Lothar Ginther, Heinz Hutzler, Peter Spruß	Viktoria Papendick, Walter Schmidt
1981	1982	Walter Träger	Horst Bell	Eva Pillot, Marliese Zach	Heinrich Rühling	Lothar Ginther, Heinz Hutzler, Peter Spruß	
1982	1984	Walter Träger	Horst Bell	Eva Pillot, Peter Spruß	Heinrich Rühling	Udo Meske, Kurt Deeg, Anton Fassl	
1984	1986	Horst Bell	Willi Rühl	Gaby Lorenzen, Kurt Deeg	Heinrich Rühling	Rudolf Knöchel, Werner Bock, Walter Träger, Gerhard Bräunling, Hermann Walz, Hermann Meyer	Georg Mirsberger, Walter Schmidt
1986	1988	Horst Bell	Gaby Lorenzen	Dieter Heinlein, Hilde Ginther	Heinrich Rühling	Rudolf Knöchel, Werner Bock, Walter Träger, Gerhard Bräunling, Hermann Walz, Hermann Meyer	Wilhelm Schwarzer, Peter Spruß
1988	1990	Horst Bell	Gaby Lorenzen	Dieter Heinlein, Norbert Ringler	Gerhard Bräunling	Monika Träger, Hilde Ginther, Walter Träger, Heinrich Rühling, Hermann Walz, Hermann Meyer, Gerhard Herold	Wilhelm Schwarzer, Peter Spruß

von	bis	1. Vorsitzender	Stellvertreter	Schriftführer	Kassier	Beisitzer	Revisoren
1990	1992	Horst Bell	Gaby Lorenzen	Alois Frank Norbert Ringler	Herbert Scholz	Wener Bock, Gerhard Bräunling, Helga Friedlein, Hilde Ginther, Lothar Horn, Uwe Oehler, Christl Schaller, Walter Träger, Carl-Heinz Zischler	Georg Anselstetter, Peter Spruß
1992	1994	Horst Bell	Gaby Lorenzen	Alois Frank, Werner Bock	Herbert Scholz	Dr. Michael Diefenbacher, Helga Friedlein, Hilde Ginther, Lothar Horn, Uwe Oehler, Christl Schaller, Monika Träger, Carl-Heinz Zischler	Georg Anselstetter, Peter Spruß
1994	1996	Horst Bell	Gaby Lorenzen	Alois Frank, Werner Bock	Herbert Scholz	Petra Braasch, Dr. Michael Diefenbacher, Günther Friedlein, Helga Friedlein, Hilde Ginther, Lothar Horn, Uwe Oehler, Carl-Heinz Zischler	Georg Anselstetter, Peter Spruß
1996	1998	Horst Bell	Alois Frank	Jutta Emmert, Dr. Michael Diefenbacher	Herbert Scholz	Petra Braasch, Erich Franz, Günther Friedlein, Hilde Ginther, Lothar Ginther, Hedwig Güttler, Gaby Lorenzen, Uwe Oehler, Willi Rühl, Carl-Heinz Zischler	Georg Anselstetter, Peter Spruß
1998	2000	Carl-Heinz Zischler	Alois Frank	Jutta Emmert, Helmut Luckhardt	Herbert Scholz	Horst Bell, Petra Braasch, Erich Franz, Günther Friedlein, Hilde Ginther, Lothar Ginther, Meta Hoffmann, Hartmut Latz, Gaby Lorenzen, Uwe Oehler	Dr. Michael Diefenbacher, Helmut Pauly
2000	2002	Carl-Heinz Zischler	Alois Frank, Meta Hoffmann	Helmut Luckhardt, Jutta Emmert	Herbert Scholz	Horst Bell, Petra Braasch, Erich Franz, Günther Friedlein, Hilde Ginther, Lothar Ginther, Hartmut Latz, Gaby Lorenzen, Dr. Marcel Mühlbach, Uwe Oehler	Dr. Michael Diefenbacher, Helmut Pauly

von	bis	1. Vorsitzender	Stellvertreter	Schriftführer	Kassier	Beisitzer	Revisoren
2002	2004	Carl-Heinz Zischler	Petra Braasch, Alois Frank	Helmut Luckhardt, Wolfgang Kottek	Herbert Scholz	Erich Franz, Günther Friedlein, Inga Funk, Karl-Heinz Klose, Hartmut Latz, Gaby Lorenzen, Johanna Margolf, Hermann Meyer, Dr. Marcel Mühlbach, Uwe Oehler	Dr. Michael Diefenbacher, Helmut Pauly

Ortsvereinsvorstand im Februar 2004



*Carl-Heinz
Zischler*
1. Vorsitzender



Petra Braasch
2. Vorsitzende



Alois Frank
2. Vorsitzender



Helmut Luckhardt
1. Schriftführer



Wolfgang Kottek
2. Schriftführer



Herbert Scholz
Kassier



Günther Friedlein
Beisitzer



Inga Funk
Beisitzerin



Karl-Heinz Klose
Beisitzer



Hartmut Latz
Beisitzer



Gaby Lorenzen
Beisitzerin



Johanna Margolf
Beisitzerin



Hermann Meyer
Beisitzer



*Dr. Marcel
Mühlbach*
Beisitzer



Uwe Oehler
Beisitzer



Horst Bell
Vertreter der
Stadtratsfraktion



*Dr. Michael
Diefenbacher*
Revisor



Helmut Pauly
Revisor

Literaturverzeichnis

- Bell, Horst / Schwarzer, Wilhelm: Chronik zur 80-Jahrfeier der SPD-Heilsbronn, Heilsbronn 1988.
- Bundesministerium für Arbeit- und Sozialordnung, Bundesarchiv (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Baden-Baden, 1998. Hieraus besonders die Bände von Hockerts, Hans Günter (Band 5/1); Geyer, Martin (Band 6/1) und Schmidt, Manfred G. (Band 7/1).
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Deutschland 1945-1998, xyz, 1999.
- Diefenbacher, Michael / Endres, Rudolf (Hrsg.): Stadtlexikon Nürnberg, 2. Aufl., Nürnberg 2000.
- dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2 (von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart), 12. Aufl., München 1976.
- Internetseite des Hans-Sachs-Gymnasiums Nürnberg, Projekt 50-Jahre Politische Hintergründe, Autoren: Janina Freund / Eva Müller / Gesa Magold <http://www.100jahre-hsg.de/index2.html>;
- Kautz, Alfred: Heilsbronn – 50 Jahre Stadt, in: Lang, Adolf (Hrsg.): Heilsbronn die fränkische Münsterstadt, Heilsbronn 1982, S. 83-92.
- Kraus, Andreas: Grundzüge der Geschichte Bayerns, Darmstadt 1984, S. 187-250.
- Lang, Adolf (Hrsg.): Heilsbronn die fränkische Münsterstadt, Heilsbronn 1982.
- Lang, Adolf / Bürger, Werner: Heilsbronner Geschichte in Zahlen und Fakten, in: Lang, Adolf (Hrsg.): Heilsbronn die fränkische Münsterstadt, Heilsbronn 1982, S. 123-131.
- Lilge, Herbert (Hrsg.): Deutschland 1945-1963, Hannover 1967.
- Nöhbauer, Hans F. (Hrsg.): Die Chronik Bayerns, Dortmund, 1987.
- Ostermann, Hansjochem: Wirtschaft und Industrie in Heilsbronn, in: Lang, Adolf (Hrsg.): Heilsbronn die fränkische Münsterstadt, Heilsbronn 1982, S. 71-78.
- Schlepp, Manfred: Die staatliche Realschule in Heilsbronn, in: Lang, Adolf (Hrsg.): Heilsbronn die fränkische Münsterstadt, Heilsbronn 1982, S. 97-100.
- Wäger, Günther: Aus der bürgerlichen Schulgeschichte Heilsbronn, in: Lang, Adolf (Hrsg.): Heilsbronn die fränkische Münsterstadt, Heilsbronn 1982, S. 61-70.